



**EGMR – so arbeitet
der Gerichtshof**

(Seite 2)

Aufgrund der Fülle der aktuellen Berichterstattung mußte die Folge 15 der Serie „Der Völkermord an den Sudetendeutschen“ auf die nächste Ausgabe verschoben werden.

Wir bitten um Ihr Verständnis.

**Tribüne der
Meinungen**

(Seiten 8 und 12)

Prager Abgeordnetenhaus beharrt auf dem Gesetz zur „Heiligsprechung“ von Beneš

Am Vorabend der EU-Erweiterung sind entlang der Grenze viele Nachbarschaftsfeste angesagt. Das offizielle Österreich bemüht sich, den x-ten Störfall im Atomkraftwerk Temelin nicht an die große Glocke zu hängen, macht gute Miene zum atomaren Spiel mit unserem Leben. Viele der Österreicher freuen sich ehrlich auf die neuen Chancen der EU-Erweiterung, fühlen den Hauch der Geschichte und senden ein freundliches „Dobry den!“ (Guten Tag!) über die verschwindende Grenze. Und was kommt von dort zurück? Ein freundliches „Hallo Nachbarn“ etwa? Mitnichten! Der „Gruß“, mit dem das tschechische Abgeordnetenhaus das EU-Haus betritt, lautet: „Edvard Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht.“ Aus diesem einen Satz besteht jenes Gesetz, welches das tschechische Abgeordnetenhaus nun mit einem Be-

harrungsbeschluß gegen das Veto des Senats bestätigt hat. Für die Deklaration stimmten 123 von 187 anwesenden Abgeordneten. Bei der ersten Abstimmung im Februar hatten 118 Abgeordnete das Gesetz unterstützt. Sozialdemokraten (CSSD), Kommunisten (KSCM) und auch ein Teil der oppositionellen konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) setzten sich für die Vorlage ein. Die Vertreter der christdemokratischen Volkspartei (KDU-CSL), der rechtsliberalen Freiheitsunion (US-DEU) sowie der Rest der ODS-Parlamentarier waren dagegen oder enthielten sich der Stimme. Die Autoren des Textes sind zwei sozialdemokratische Abgeordnete und eine kommunistische Parlamentarierin. Im Oberhaus war der Text auf starken Widerstand gestoßen – er wurde nur von zwölf der 65 anwesenden Senatoren unterstützt. Aller-

dings hatten auch dort die Gegner beteuert, man könne die Verdienste von Beneš um die Tschechoslowakei nicht bestreiten. Nur die Form der Würdigung fand im Senat keine Billigung.

Jener Präsident, der mit einem Völkermord auf dem Gewissen ins Grab gestiegen ist, wird knapp sechzig Jahre danach per Gesetz zum verdienstvollen Mann erklärt. Anderswo ist die Verehrung von Leuten mit ähnlich verbrecherischer Vita mit Strafe bedroht.

Selbst wenn Präsident Václav Klaus diesem Gesetz die Unterschrift verweigern sollte, wäre dies nur Schadensbegrenzung: Denn der Ungeist, der die Mehrheit der Prager Politiker offenbar beseelt, ist schon aus der Flasche.

Über die scharfen Proteste der Sudetendeutschen Landsmannschaft gegen die „Beneš-Heiligsprechung“ lesen Sie auf Seite 3.

Das Bild der Heimat



Die Schützenstraße in Böhmischem Kamnitz, wie sie vor langer Zeit einmal aussah.

Gemeinsam?!

VON MANFRED MAURER

VIELLEICHT LIEGT ES am traumatischen Erleben der Verfolgung und Vertreibung, das viele Landsleute für ihr Leben mißtrauisch gemacht hat. Mißtrauisch nicht nur gegenüber der Außenwelt, sondern nicht selten auch mißtrauisch gegenüber Vertretern der eigenen Volksgruppe. Aus Auffassungsunterschieden über den richtigen Weg einer optimalen Interessensvertretung werden so schnell unüberbrückbar scheinende Differenzen.

WARUM, SO FRAGT MAN sich, berichten gewisse Heimatzeitungen nicht über die Initiative der Sudetendeutschen Initiative? Etwaige Zweifel an den Erfolgchancen der beabsichtigten Individualbeschwerden vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sind jedenfalls kein Grund, diese Initiative totzuschweigen. Selbst wer – entmutigt von einem Mangel an heimatpolitischen Erfolgserlebnissen – verständlicherweise nicht mehr zu überschäumendem Optimismus imstande ist, müßte doch alles tun, um andere, welche die Ärmel gerade noch einmal aufkrepeln, nach Kräften zu unterstützen. Und sei es nur durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit.

WARUM ABER, so fragt man sich, glaubt Bernd Posselt – wie er in der letzten Ausgabe zu Protokoll gab – seine Informationen über die Beschwerden der Sudetendeutschen Initiative nur aus der „Sudetendeutsche Post“ bekommen zu haben? Gut, das freut natürlich uns von der „Sudetendeutsche Post“, und der SL-Vorsitzende kann auch sicher sein, ordentliche Informationen geliefert zu bekommen, aber: Wäre da nicht einmal ein direktes Gespräch der Akteure angebracht gewesen? Posselts Amtsführung mag nicht jedermanns Sache sein und manchen Landsleuten Anlaß zu Kritik geben, aber er ist nun einmal der gewählte Vorsitzende, dessen Politik – so man sie kritisierenwert findet – man am wenigsten durch Umgehung seiner Person beeinflussen wird. Wer Posselt kritisiert und einen Mangel an politischem Geschick vorwirft, mag oft richtig liegen. Wer Posselt aber gleich zum potenziellen Verräter stempelt, den man besser von vertraulichen Informationen fernhält, der schießt übers Ziel hinaus.

DER AUFGRUND tragischer Lebensgeschichten erklärbarer Hang mancher Landsleute zu übersteigertem Mißtrauen gegenüber allem und jedem erweist sich so als Hindernis für eine konzertierte Vertriebenenpolitik, die koordiniert an einem Strang zieht und so mehr erreicht, als wenn viele Einzelkämpfer nur irgendwelche Fäden ziehen, von denen am besten die anderen möglichst wenig wissen, weil man ja nie wissen kann, was die anderen für wêlche sind.

DER TSCHECHISCHE Geheimdienst ist schließlich überall, oder?

EINE ORGANISATION, die sich durch Mißtrauen, Eifersüchteleien und Profiliersucht Einzelner selbst paralyisiert, braucht in Wirklichkeit keine Unterwanderung durch Agenten mehr zu befürchten. Sie ist gar nicht interessant genug für aufwendige geheimdienstliche Aktivitäten, die ja auch ein bißchen Geld kosten. Gefährlich (aus der Sicht Prags und damit tatsächlich wieder interessant für den tschechischen Geheimdienst) werden die diversen Akteure in den Landsmannschaften nur dann, wenn sie sich auf allen Ebenen und in allen Gliederungen endlich darauf besinnen, verstärkt gemeinsam statt einsam aufzutreten.

ETWAS WENIGER MISSTRAUEN untereinander, etwas weniger Häme über das nicht optimale Posselt-Wahlergebnis in der Bundesversammlung, etwas weniger heimatpolitische Eigenbrötelei würde der tschechischen Regierung etwas weniger Freude und etwas mehr Kopfzerbrechen bereiten.

Auf das Straßburger Menschenrechtsgericht kommt viel Arbeit zu: Der entdeckte Gerichtshof

Durch zwei Vorkommnisse wurde in den letzten Monaten eine Machtzentrale, die bisher kaum beachtet worden ist, ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gestellt: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg. Er hatte durch aufsehenerregende Entscheidungen glatt den deutschen Gesetzgeber und auch noch das Bundesverfassungsge-

Von Willi Götz

richt und den Bundesgerichtshof zu Menschenrechtsverletzern erklärt. Als Opfer sahen die Richter die Nachkommen von „Neubauern“ der früheren DDR an, die 1992 ohne Entschädigung enteignet worden waren.

Diese Entscheidung des EGMR, zuständig für 800 Millionen Bürger zwischen Nordkap und Palermo, traf sich gut mit den Beschwerden der „Sudetendeutschen Initiative“ gegen Tschechien, mit der der Gerichtshof angerufen wird, mit der wohlbegründeten Erwartung und Zuversicht, daß die individuellen Menschenrechtsverletzungen des tschechischen Staats gegenüber seiner Bürger eine „gerechte“ Sühne erfährt.

Verrechtlichung der Menschenrechte

Längst hat die reiche Rechtssprechungspraxis des EGMR bemerkenswerte Ergebnisse hervorgebracht, die als „Verrechtlichung“ der Menschenrechte bezeichnet werden können. Weiträumig anerkannt ist inzwischen auch die Idee der Menschenrechte von ihrer Dogmatik, Entwicklung, Ausgestaltung und Durchsetzung her. Die in der EMRK erwünschten Menschenrechte und Grundfreiheiten werden nicht nur als wünschbare politische Anliegen wahrgenommen, sondern auch als Rechtsposition, die, wenn nötig, vor dem Gerichtshof durchgesetzt werden können.

Aus historischer Sicht ist dies angesichts der vergangenen humanitären Katastrophen in unserem Jahrhundert eine Errungenschaft, die kaum zu überschätzen ist. Aus der Natur der Sache ergibt sich, daß auch der Gerichtshof keinem *Fait accompli*, d. h. als einer „fertigen Tatsache“ unterliegt. Erst Anfang November 1998 wurde der seitherige Gerichtshof durch einen „vollamtlichen“ Hof abgelöst, der nunmehr als einziges juristisches Kontrollorgan wirkt. Diese Reform ermöglichte eine Straffung und Beschleunigung der Verfahren und schaffte die Grundlage für eine weitere Festigung des Kontrollmechanismus. Dies erschien als eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß als Folge des Beitritts zahlreicher Staaten vor allem aus Mittel- und Osteuropa zu erwarten war, daß die Beschwerdelast des Gerichtshofes weiter zunehmen dürfte. Zur Zeit ist eine Beschwerdeflut festzustellen, was bereits wieder Befürchtungen weckt, daß einerseits der Gerichtshof zu einer Art europäischen Rechtssprechungsfabrik verkommen könnte, andererseits, daß das mühsam errungene hohe Niveau des Menschenrechtsschutzes in Zukunft nicht mehr aufrechterhalten werden könne; solche Entwicklungen wolle man nicht hinnehmen. Für den Gerichtshof wartet eine schwierige Aufgabe, die ein feines Gespür für das Erforderliche, das Machbare und das Wünschbare verlangt – heißt es in einer Reihe kritischer Anmerkungen.

Enormes Interesse für die sudetendeutschen Klagen

Die demnächst eingebrachten Beschwerden zahlreicher Sudetendeutscher beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg stoßen schon jetzt auf enormes öffentliches Interesse in Österreich, in Deutschland und auch in Tschechien. Wo immer Zeitungen von der bevorstehenden Initiative der „Sudetendeutschen Initiative“ berichteten, meldeten sich in den Redaktionen Landsleute, um sich nach Kontaktadressen zu erkundigen. Viele wollen sich einfach genauer erkundigen, manche wollen sich selbst dem Gang nach Straßburg anschließen und eine eigene Individualbeschwerde einbringen. Vor allem in Bayern – kein Wunder – berichteten einige Zeitungen sehr ausführlich über die bevorstehende

Individualbeschwerde. Aber sogar in Luxemburg wurde schon darüber geschrieben. Auch tschechische Medien kamen an der Nachricht nicht vorbei. Und in Prag dürfte sie sogar für einige Nervosität sorgen. Klares Spidiz dafür: Ministerpräsident Vladimír Špidla nahm höchstpersönlich Stellung zu dem Thema. Natürlich sagte er, daß die Beschwerdeführer, die eine Rückgabe ihres nach dem Krieg geraubten Eigentums fordern, keine Chance hätten. Das sagt jeder Beklagte vor Prozeßbeginn.

Würde die tschechische Regierung die Angelegenheit aber wirklich für völlig bedeutungslos und die Initiative wirklich für chancenlos halten, würde sie der Ministerpräsident keines Wortes würdigen.

EGMR – das Rückgrat des Europarates

Kritische Beobachter geben es auch zu, daß das Vertragswerk des EGMR insgesamt zu einem Paradeferd und Rückgrat des Europarates geworden ist. Heute ist die Aufnahme eines Staates in den Europäischen Rat ohne baldige Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskommission, in die der EGMR eingebettet ist, und Anerkennung des Individualbeschwerderechts nicht mehr denkbar. Es ist bedeutsam, daß dieses Beschwerdesystem in der Tat das Herzstück der Rechtssprechung darstellt. Deutlich entspricht dieses System einem zeitgemäßen Bedürfnis, was nicht zuletzt die ständig wachsende Zahl der Beschwerden belegt.

Innerhalb der Rechtssprechung des Gerichtshofes hat inzwischen die Individualbeschwerde eine Schlüsselstellung eingenommen. Mit ihr kann jedermann eine Beschwerde einlegen, der sich in seinen Menschenrechten verletzt fühlt. Es handelt sich dabei um einen Rechtspruch, den die europäische Staatenwelt u. a. den Privatpersonen zugesteht. Die Kostenlosigkeit des Verfahrens sichert die effektive Ausübung des Rechts; aber die Bestimmungen schließen allerdings unterschiedliche Zulässigkeitsvoraussetzungen nicht aus. Der Gerichtshof hält sich dabei an eine bestimmte Reihenfolge.

Der Rechtsweg durch den EGMR

Im ersten Stadium des Verfahrens – dem „Zulässigkeitsverfahren“ – überprüft er die Zulässigkeit der Beschwerde. Wird sie für unzulässig erklärt, endet das Verfahren; die Entscheidung ist endgültig. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen sind grundsätzlich verfahrensrechtlicher Natur; sie bilden Hürden, die es für die Überprüfung der Beschwerde zu überwinden gilt. Individualbeschwerden werden daher bereits im Zulässigkeitsverfahren „materiell“ überprüft und allenfalls als unbegründet abgewiesen. Im Zulässigkeitsverfahren muß der Beschwerdeführer selber für eine entsprechende und angemessene Substantierung seiner Beschwerde besorgt sein. Dazu gehören Ausführungen über den Sachverhalt und die Darlegung, inwiefern dieser Sachverhalt gegen eine europäische Menschenrechts-Garantie verstößt. Es zählt zum tragenden Bestreben des Gerichtshofes, in seiner Auslegung und Anwendung der Bestimmungen dem Individuum einen effektiven Rechtsschutz zu gewähren. Darin sieht man auch die Ansatzpunkte für eine dynamische Fortentwicklung der Menschenrechtsordnung.

Individualbeschwerden mit großen Erfolgchancen

Von bestimmten Seiten der Öffentlichkeit wird immer wieder gegenüber der Individualbeschwerde Kritik geäußert: Sie wird vor allem von Parlamentariern vorgebracht – was erstaunlich ist. Diese Situation ist in Europa wohl einmalig. Das Erstaunliche dabei ist, daß gerade Volksvertreter Kritik an den Menschenrechten erheben; durch die Anerkennung des Individualbeschwerderechts in Straßburg würde das Recht auf Heimat und Selbstbestimmung „über Bord“ geworfen werden. Teils erwiesen sich die Befürchtungen allerdings als Mißverständnisse.

Die Kritik läßt sich allerdings nicht mit den Tatsachen vereinbaren. Die Erfolgchancen von Individualbeschwerden sind groß: Diesen Ruf hat sich der EGMR erworben.

Bei näherem Besehen zählt der Gerichtshof 41 Richter, entsprechend der Zahl der Vertragspartner der Kommission für Menschenrechte. Die Richter werden von der Kanzlei (ca. 190 Mitarbeiter) unterstützt werden. Der Gerichtshof selbst entscheidet als Kammer, als Große Kammer oder als Ausschuß. Im Zentrum des Gerichtsalltags stehen die vier Kammern (Sektionen), die jeweils aus sieben Richtern bestehen. Das Gerichtsverfahren selbst zeichnet sich durch seine Transparenz aus. Die Unterlagen in einer Beschwerdesache können von der „interessierten Öffentlichkeit zu den üblichen Bürozeiten am Sitz des Gerichts eingesehen werden. Ferner sind die mündlichen Verhandlungen öffentlich. Die Richter verwenden in den Verhandlungen eine der Amtssprachen Englisch oder Französisch. Die mündlichen Verhandlungen ermöglichen den Parteien, ihre Meinung zur Beschwerdesache bzw. zu den vom Gerichtshof gestellten Fragen auszuführen. Die mündlichen Verhandlungen in Straßburg können für Anwalt und Parteien ein gewisses Überraschungselement aufweisen, können doch die Richter spontan an alle Personen, die an der Verhandlung teilnehmen, Fragen stellen. Es hat sich gezeigt, daß erfahrungsgemäß solche Antworten auf diese nicht unerwarteten Fragen ebenso aufschlußreiche wie die sorgfältig ausgearbeiteten und hernach vorgelesenen Stellungnahmen der Parteienvertretungen sein können.

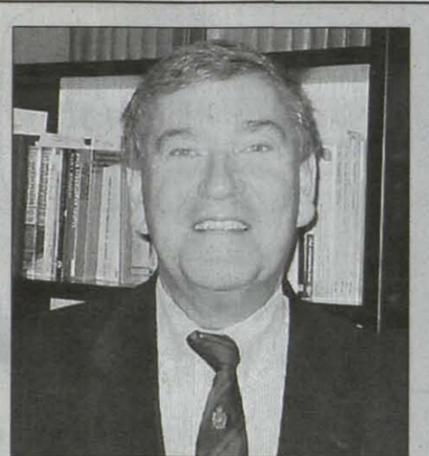
Öffentlichkeit verhindert eine Geheimjustiz

Bereits im Zulässigkeitsverfahren kann die Kammer (Sektion) beschließen, einen Fall vor die Große Kammer zu bringen. In der Regel erfolgt dies, weil der Fall wichtige Fragen aufwirft. Das Urteil muß öffentlich verkündet werden. Jedermann hat Anspruch darauf, daß seine Sache öffentlich gehört wird. Die Öffentlichkeit des Verfahrens sichert dessen Kontrolle und fördert das Vertrauen in die Gerichtsbarkeit. Ihr kommt somit eine demokratische Funktion zu. Daneben bietet das Erfordernis der Öffentlichkeit eine weitere Garantie für die Fairness des Verfahrens. Die Öffentlichkeit beugt einer Geheimjustiz vor.

Das Recht der Individual-Beschwerde ist obligatorisch geworden und bedarf zu seiner Anerkennung längst keiner besonderen Erklärung mehr. Das hatte aber auch zur Folge, daß das EGMR unter der Last der angehängten Verfahren, die derzeit mit 65.000 beziffert wird, zu stöhnen hat.

Man hat nachzudenken begonnen, nach Auswegen und Lösungen und Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Dabei ist man sich von vornherein klar, daß es kaum etwas nutzen würde, zu versuchen, die Durchlaufgeschwindigkeit der Fälle zu erhöhen, wenn dabei die Qualität unter die Räder käme und der Gerichtshof sein Ansehen bei den innerstaatlichen Gerichten und Behörden einbüßt, die er überzeugen muß, damit sie ihn respektieren. Es würde schaden, die Individual-Beschwerden abzuschaffen, was eine unheilige Allianz von innerhalb und außerhalb des Gerichtshofes als unbedenklich erscheinen lassen möchte: Das Herz der europäischen Menschenrechtsgarantie wäre nach allgemeiner Ansicht getroffen. Für den Rest brauchte man keinen Gerichtshof – so lautet die Einschätzung der „Lage“ von überaus kompetenten Kennern und Autoritäten: Dr. h. c. Norbert Paul Engel, Herausgeber der Europäischen Grundrechte-Zeitschrift einerseits und Dr. Renate Jaeger vom Bundesverfassungsgericht Karlsruhe, die demnächst bei der Neuwahl des deutschen Richters beim EGMR mit der größten Chance rechnen kann, andererseits, machen sie sich um die Zukunft des Gerichts Gedanken, was beweist, welche Wertschätzung der Gerichtshof genießt: Die Bürger Europas versprechen sich Gerechtigkeit von diesem Gericht und rufen es zunehmend in einer immer größer werdenden Rechtsgemeinschaft an. Man unterstreicht und betont insbesondere, daß die Qualität von Entscheidungen entscheidend von der Qualität der Richter und die den Richtern zurarbeitenden Hilfskräften abhängt. Diese Qualität wird verbessert werden müssen, wenn eine Spezialisierung möglich wäre. Erfahrene Richter, die im Team zusammenarbeiten,

böten im übrigen die beste Gewähr dafür, daß aus der Fülle der Eingänge die interessantesten Fälle herausgefiltert würden. So könnte einer lähmenden Überlastung des Straßburger Gerichts vorgebeugt werden.



Info-Abend mit Anwalt Gertner in Linz

Die Sudetendeutsche Initiative (SDI), Königstein / Taunus und der Witikobund Oberösterreich (WB-OÖ), Linz, laden herzlich ein zu einem gemeinsamen Vortrags- und Informationsabend.

Ort: Landeskulturzentrum Linz, Ursulinenhof, 2. Stock (kleiner Saal).

Zeit: Donnerstag, 29. April, 18.00 Uhr.

Thema: Die Beneš-Dekrete auf dem europäischen Prüfstand: Beschwerde der von der SDI betreuten Sudetendeutschen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR).

Referent: Rechtsanwalt Dr. Thomas Gertner, Bad Ems, Vertreter der Beschwerdeführer und SDI-Partner.

An der Aussprache beteiligt: Erich Högn, Königstein / Taunus, Vorsitzender der SDI.

Leitung und Moderation: Prof. Horst Rudolf Übelacker, Linz / München, Experte für Mitteleuropafragen.

Das Thema ist angesichts des unmittelbar bevorstehenden EU-Beitritts Tschechiens und mit Blick auf die andauernde Gesprächsverweigerung des Vertreterstaates sowie in Anbetracht der Entscheidungspraxis des EGMR von höchster Aktualität. Für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen, aber auch für ihre Rechtsnachfolger ein unerlässlicher Pflichttermin zur Wahrung ihrer Rechte. Bitte Freunde und Bekannte mitbringen.

Anfragen von Interessenten, die sich mit einer Individualbeschwerde (Anwaltskosten max. € 1000,-) noch anschließen möchten, können sich noch bei der Sudetendeutschen Initiative melden (Gerhardshainer Straße 22, D-61462 Königstein, Herr Erich Högn).

WIR SUCHEN:

Um einen großen Stammbaum der Familie Goller zu erstellen, bitte ich alle Namensträger und die damit in Verbindung stehen, also alle geborenen Goller, ihre Geburtsdaten, Orte, Hochzeitsdaten, Sterbedaten, der Eltern usw., auch Kopien von Ahnenpässen sind eine große Hilfe, an mich zu senden.

Hubert Goller, Magdalenenstraße 21
D-72461 Albstadt
Tel.: 0 74 32 / 12 3 95 – hgoller@gmx.de

Besuchen Sie uns im Internet

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich: www.sudeten.at oder www.vloe.at

Benutzen Sie auch unsere e-Mail-Adresse, um uns schneller und direkt zu erreichen: sloe@chello.at

Benutzen Sie auch die Web-Seiten der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Deutschland, damit Sie über den aktuellen Stand der heimatpolitischen Arbeit informiert sind.

www.sudeten.de
e-Mail: poststelle@sudeten.de

Senden Sie uns ein E-mail und geben Sie uns Ihre Zustimmung bzw. Kritik über unsere Arbeit bekannt.

Werte Abonnenten!

Vielen Dank für die Überweisung Ihrer Bezugsgebühr und Ihrer Spenden.

BITTE VERGESSEN SIE UNS NICHT!

Wenn Sie die Bezugsgebühr für die „Sudetenpost“ noch nicht überwiesen haben, holen Sie das bitte bald nach.

Sollten Sie den Zahlschein für das ABO 2004 noch nicht erhalten haben, so bitten wir Sie, uns das mitzuteilen.

Sie können aber auch bei jeder Bank den Jahresbeitrag von

Euro 31,00 für Österreich auf unser Konto 28135 (BLZ 20320), Sparkasse OÖ, Kennwort: „ABO 2004“,

oder für Deutschland € 37,50 Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869 (BLZ 740 900 00), an uns überweisen.

Adresse: „Sudetenpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Tel. / Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

Leider sind wir finanziell nicht auf Rosen gebettet und daher trifft uns jede Vorfinanzierung sehr hart.

Machen Sie bitte – wenn möglich – auch von der Möglichkeit zu spenden reichlich Gebrauch!
Vielen Dank

Reklamationen bei der Deutschen Post

Wenn bei der Zustellung unserer Zeitung in Deutschland Probleme auftreten sollten, so wenden Sie sich bitte an:

Deutsche Post Hamburg
Herr Henry Hüttersen
Telefon 040 / 63 88-29 17

Klaus blockiert Steuergesetz

Präsident Václav Klaus hat ein Veto gegen die Novellierung der Mehrwertsteuer ab dem 1. Mai eingelegt. Nach Angaben seines Sprechers Petr Hájek hat sich Klaus zudem dafür entschieden, sein Vetorecht auch bei dem neuen Gesetz zur Besteuerung von Immobilien einzusetzen. Beide, vom tschechischen Abgeordnetenhaus und Senat bereits abgestimmte, Gesetze seien eine „ungute Mischung“, so Klaus wörtlich. Jetzt gehen die Gesetzesvorlagen in eine zweite Abstimmungsrunde ins Abgeordnetenhaus. Ab dem 1. Mai sollte auf Forderung der EU eine reformierte Mehrwertsteuer in Tschechien gelten. Das Gesetz sieht vor, eine Reihe von Produkten und Dienstleistungen mit nur 19 anstatt 22 Prozent zu belegen, andere jedoch von fünf Prozent auf 19 zu erhöhen. Das Veto von Klaus versetzte die Abgeordneten der Regierungskoalition in Alarmbereitschaft. Die Parlamentarier von Sozialdemokraten, Freiheitsunion und Christdemokraten wurden aufgefordert, Tschechien nicht zu verlassen, um in einer erneuten Abstimmung das Präsidenten-Veto so bald wie möglich überstimmen zu können. Finanzminister Bohuslav Sobotka warnte, daß Tschechien EU-Sanktionen drohten, sollte das Mehrwertsteuer-Gesetz nicht rechtzeitig zum EU-Beitritt des Landes in Kraft treten.

ZITAT

„So gut und eng, wie nur selten zuvor.“

Der deutsche Kanzler Gerhard Schröder über die deutsch-tschechischen Beziehungen.

Scharfe Kritik an Beneš-Heiligsprechung Tschechien im Galopp in Vergangenheit

Der Beharrungsbeschuß, mit dem das tschechische Abgeordnetenhaus das Gesetz zur Würdigung der „Verdienste“ des tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš gegen ein Veto des Senats verabschiedet hat, stößt bei den Vertriebenen naturgemäß auf scharfe Kritik.

Es bedeute eine Verklärung der Geschichte, daß das tschechische Parlament (123 von 187 Stimmen) das Gesetz der politischen Heiligsprechung bestätigt hat, erklärte der Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), LAbg. a. D. Gerhard Zeihsel: „Diese Entscheidung offenbart zum wiederholten Mal ein problematisches Verhältnis zur Rechts- und Wertegemeinschaft der EU und zur gemeinsamen Geschichte, knapp vor Aufnahme in diese.“ Eine unselige Allianz von Sozialdemokraten, Kommunisten und Teilen der nationalistischen ODS habe diese für die Zukunft sehr schädliche Entwicklung zu verantworten, so Zeihsel. Edvard Beneš stehe nicht nur für das Wiedererstehen der CSR nach dem Zweiten Weltkrieg, er stehe auch für völkerrechtswidrige Dekrete, die die Grundlage für die Vertreibung von rund drei Millionen Sudetendeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat geworden sind. Daß diese Dekrete bis heute in der CR noch Gültigkeit haben, ist ein weiterer Beleg dafür, welche Defizite die Tschechische Republik noch gegenüber der Rechts- und Wertegemeinschaft der Europäischen Union hat und wie wenig man bereit ist, sich den Fragen der gemeinsamen österreichisch-deutsch-tschechischen Geschichte zu öffnen. Sollte nach dem Senat auch Staatspräsident Václav Klaus ein Veto einlegen, müßte das Unterhaus – dann zum dritten Mal – darüber abstimmen.

Posselt: Prag verspielt Zukunftsfähigkeit

Scharfe Kritik an der „republikanischen Heiligsprechung des tschechoslowakischen Vertreiber-Präsidenten Edvard Beneš“ durch einen Gesetzesbeschuß des tschechischen Parlamentes hat auch der CSU-Europaabgeordnete Bernd Posselt, Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, geübt. Ein großer Teil der tschechischen Politik verspiele „ausgerechnet am Vorabend der tschechischen EU-Mitgliedschaft seine Zukunftsfähigkeit und rast mit Galopp in eine nationalistische und blutige Vergangenheit.“ Lediglich Christdemokraten und Liberale zeigten Vernunft.

„Mit der Ehrengleichung von Millionen von Sudetendeutschen und Magyaren stehe, er habe durch seine Politik auch Tschechen und Slowaken für mehr als vierzig Jahre an die sowjetische Gewaltherrschaft ausgeliefert.“

Empört zeigte sich Posselt, daß neben den Kommunisten und der nationalistischen ODS des Staatspräsidenten Klaus vor allem die tschechischen Sozialdemokraten das Beneš-Gesetz vorantrieben hätten: „Bundeskanzler Schröder hätte seine Prager Genossen stoppen sollen, statt sie durch demonstratives Nichtstun auch noch zu ermutigen. So ist er mitverantwortlich für einen neuen Tiefpunkt in den tschechisch-deutschen Beziehungen.“

Auch der Bund der Vertriebenen (BdV) protestierte gegen das Skandalgesetz: „Mit der Ehrengleichung von Edvard Beneš entwürdigt sich das tschechische Parlament selbst. Die Beneš-Ehrengleichung tritt die Menschenrechte mit Füßen“, erklärte BdV-Präsidentin Erika Steinbach. „Welche Verdienste auch immer der zweite tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš haben mag, alles wird überlagert von seiner menschenrechtsfeindlichen Politik gegenüber der deutschen und der ungarischen Minderheit ab 1945“, so die CDU-Abgeordnete. Die „barbarische Vertreibung“ der Sudetendeutschen mit mehr als 200.000 Toten sowie großer Teile der ungarischen Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg sei ein Vergehen gegen die Menschenrechte gewesen. Wenn das tschechische Parlament erneut bekräftigt: „Edvard Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht“, so vergeht es sich selbst an den Menschenrechten. Steinbach: „Es liegt nunmehr in der Hand des tschechischen Präsidenten Václav Klaus, dieses beschämende Gesetz zu verhindern. Dazu fordere ich ihn auf!“

Der Vertriebenensprecher der ÖVP, NR-Abg. Norbert Kapeller, zeigte sich ebenfalls empört: „Wenn das tschechische Parlament solche Gesetze beschließt, ist ein Ausbau der gutnachbarschaftlichen Beziehungen nicht zu rechtfertigen.“ Allerdings findet die Empörung noch keine Entsprechung im politischen Alltag auf höchster Ebene: Am Tag nach dem Beneš-Gesetzbeschuß war eine tschechische Abgeordneten-delegation im Nationalrat in Wien zu Gast. Nationalratspräsident Andreas Kohl bezeichnete die österreichisch-tschechischen Beziehungen als „so gut wie nie“ und meinte, sie „sind auf dem besten Weg, noch besser zu werden“. Auf entsprechende Fragen meinte Andreas Kohl, es gebe zwischen Tschechien und Österreich keine Probleme.

ÖVP-Kapeller: So gibt es keine gute Nachbarschaft

Der Präsident des tschechischen Abgeordnetenhaus, Lubomir Zaoralek, verteidigte in Wien das Beneš-Ehrengesetz. Respekt gegenüber Edvard Beneš hält Zaoralek für angebracht, weil der Staatsmann zur demokratischen Entwicklung Europas beigetragen und Menschen Zuflucht (!!!) geboten habe, für die das notwendig gewesen sei. Die demokratisch-parlamentarische Tschechoslowakei war in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts ausschließlich von Diktaturen umgeben. Das tschechische Parlament habe nun darauf reagiert, daß Beneš immer wieder auf die andere Seite gestellt werde, was nicht den Tatsachen entspreche, sagte der Unterhausvorsitzende. Zu den Beneš-Dekreten habe die Tschechische Republik im Rahmen der Deutsch-tschechischen Erklärung eindeutig Stellung bezogen. Diese Erklärung gelte für alle Deutschen, die aus Tschechien vertrieben worden sind, egal ob sie in Deutschland, Österreich oder in einem anderen Land leben. Kohl erinnerte zum Thema Beneš-Dekreten an die Göttinger Erklärung des tschechischen Ministerpräsidenten Vladimír Špidla vom Juli letzten Jahres. Sie sei „von uns allen sehr akzeptiert“ worden. Špidla hatte damals erklärt, daß die Vertreibung „aus heutiger Sicht unannehmbar“ gewesen sei. Die Reaktionen der Sudetendeutschen darauf als „sehr akzeptiert“ zu bezeichnen, ist wohl etwas übertrieben. Die SLÖ hatte die Špidla-Äußerungen als ersten Schritt gewürdigt, dem weitere folgen müßten. Gefolgt ist der Špidla-Erklärung freilich nur ein Rückschritt in Form einer Erklärung von Außenminister Cyril Svoboda, der klargestellt hatte, daß der Ministerpräsident sich nur von Verbrechen im Zuge der Vertreibung, nicht aber von der Vertreibung an sich distanziert habe.

Vandalen verwüsten in Bonn / Godesberg das Büro des Vertriebenenverbandes

Unbekannte haben über Ostern die Geschäftsstelle des Bundesverbandes der Vertriebenen in Bad Godesberg-Plittersdorf bei Bonn verwüstet. Weil die Polizei einen politischen Hintergrund der Tat nicht ausschließt, hat der Staatsschutz die Ermittlungen aufgenommen.

Nach Angaben eines Behördensprechers waren die Täter zwischen dem Gründonnerstag, 15 Uhr, und dem Morgen des Ostersonntag in der Godesberger Allee 72 eingestiegen und hatten alle Räumlichkeiten durchsucht. Dann rissen die Unbekannten mehrere Waschbecken von den Wänden, drehten die Hähne auf und setzten so das Haus unter Wasser. Darüber hinaus leerten sie auch noch einen Feuerlöscher. Die Täter flüchteten in unbekannte Richtung.

Bekannt wurde der Einbruch am Ostersonntag, als ein Spaziergänger die Polizei über Wasseraustritt am Bürogebäude in der Godesberger Allee informierte. Beamte der Kriminalwache sicherten Spuren, nahmen erste Ermittlungen auf und übergaben die Arbeit dann an die Abteilung Staatsschutz der Bonner Polizei. Hintergrund der Tat könnte nach GA-Informationen eine Auseinandersetzung zwischen der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen und der Antifa Frankfurt sein. Die Antifa soll Ende vergangenen Jahres mit einem Aufkleber zu einer Demonstration am 9. November in der Mainmetropole mobilisiert haben, der die Vorsitzende und Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach in einer SS-Uniform mit Hakenkreuzbinde auf Gerhard Schröder sitzend zeigt. Im Jänner folgten Razzien der Polizei in einem Café und einer Privatwohnung in Frankfurt wegen der „Verwendung verfassungswidriger Symbole“.

Nach Angaben der Bonner Polizei „liegen über Art und Umfang des Diebstahls beim Einbruch noch keine abschließenden Angaben vor“.

Steinbach: Das war kein gewöhnlicher Einbruch

Für BdV-Präsidentin Erika Steinbach, ist das kein Einbruch, wie er in Bonn häufig vorkommt, sondern ein gezielter Anschlag. Die CDU-Bundestagsabgeordnete berichtete der Rundschau, daß nach bisherigen Erkenntnissen außer zwei Akten nichts gestohlen worden sei. Aber die Akten sind brisant. Das sind zum einen die Unterlagen über eine Anzeige, die Steinbach im vergangenen Dezember gegen die Frankfurter Antifa gestellt hatte. Die linksextreme Vereinigung habe ein Bild verbreitet, das sie mit Hakenkreuz auf dem Ärmel zeigt. Die Präsidentin: „Das lasse ich mir nicht gefallen“. Sie hat die renommierte Bonner Anwaltssozietät Redeker mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt.

Redeker ist auch in einem weiteren Fall Rechtsvertreter des Vertriebenenbundes. Es geht um einen Streit mit einer Journalistin, die im Zusammenhang mit dem geplanten „Zentrum gegen Vertreibungen“ in einer Zeitung Behauptungen aufgestellt hatte, gegen die die BdV-Generalsekretärin Michaela Hriberski eine Unterlassungsklage erhoben hat. Erika Steinbach sagte der Rundschau, der Akteurstahl mache keinen Sinn, weil alle Papiere auch im Büro des Anwalts aufbewahrt würden, dennoch habe die Tat eine „Menge an Symbolkraft“, zumal ein dritter Aktenordner, nämlich der mit Unterlagen über das „Zentrum gegen Vertreibungen“, in die Toilette geworfen worden sei. Steinbach: „Daneben lag der Computerbildschirm aus dem entsprechenden Büro. Welches Haftpotential dahinter steckt...“

Die CDU-Politikerin fühlt sich von der Antifa bedroht. In der vergangenen Woche habe in Frankfurt, ihrem Wohnort, ein Spruch der Antifa die Runde gemacht: „Wenn die Rechte nicht zu uns kommt, dann besuchen wir die Rechte“. Die Frankfurter Polizei habe sie zur erhöhten Wachsamkeit ermahnt.

Antifa-Bekennerschreiben an Kölner Redaktion

Erika Steinbach dürfte mit ihrer Vermutung richtig gelegen haben: Wenige Tage nach dem Einbruch in die Geschäftsstelle hat die Kölner Redaktion der Tageszeitung (taz) ein Bekennerschreiben erhalten. In dem Schreiben ohne Absender bezichtigte sich eine antifaschistische Gruppe der Tat. Beigelegt waren laut der Zeitung „taz“ Kopien von Dokumenten, die wahrscheinlich aus der BdV-Zentrale gestohlen worden seien.

VORSICHT!
Die EU wird mit dem Beneš-Virus verseucht!

Die Antwort auf Bernd Posselts Interview

Kommentar des Vorsitzenden der Sudetendeutschen Initiative, Erich Högn, zum Interview der „Sudetenpost“ mit dem SL-Bundesvorsitzenden Bernd Posselt (Folge 7):

Eine ganze Reihe von Behauptungen Posselts sind schlichtweg falsch. Es beginnt mit der Aussage, daß er von der Aktion der Sudetendeutschen Initiative (SDI) aus der „Sudetenpost“ erfuhr. Richtig ist, daß der Autor dieser Zeilen sich auf der Regionalkonferenz der SL für Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland im August 2003 als Vorsitzender der SDI vorstellte und deren Zweckbestimmung benannte. Bezeichnend für die sofort einsetzende Abwehr- und Abweisreaktion war die Feststellung des Bundesvorsitzenden: „Ich kenne die Sudetendeutsche Initiative nicht.“ Um sofort anzuschließen, daß er nach Gesprächen mit einer ganzen Reihe von Fachleuten einer Beschwerde keinerlei Erfolgchancen beimesse. Allein aus diesem Grunde müßte es ihm völlig egal sein, was in der Beschwerdeschrift steht.

Wer bringt „oft vieles“ durcheinander?

Mit nicht zu überhörender unterschwelliger Verachtung für den Intellekt der eigenen Landsleute wird behauptet, daß sie zwischen den europäischen Gerichtsinstanzen nicht zu unterscheiden vermögen. Dies gilt für keinen einzi-

gen der Beschwerdeführer, die von der SDI betreut werden. Sie wissen von allem Anfang an, daß eine Menschenrechtsbeschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg zu domiciliieren ist. Sie leiden auch nicht an der zweimal zitierten „politischen Leidenschaft“, wissen aber sehr wohl, daß der Beitritt der Tschechischen Republik zur EU keine Auswirkungen auf ihre Belange haben wird. In dieser Hinsicht bedürfen sie beileibe keiner Belehrung, da ihre Interessen von einem mit der Materie der Einforderung privater Eigentumsrechte gegen staatliche Willkür besonders vertrauten Rechtsanwalt vertreten werden, der ihnen und der Sudetendeutschen Initiative ein überzeugendes, erfolgversprechendes Konzept für die Vorgangsweise unterbreitet hat... Aus diesem Konzept ist eine Beschwerdeschrift zustande gekommen, an deren Abfassung namhafte sudetendeutsche Fachleute in den Bereichen Recht und Geschichte engagiert mitgewirkt haben. Darüber hinaus sind sich die Beschwerdeführer bewußt, daß ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland zwecks Einforderung des in seiner Wirkung überschätzten diplomatischen Schutzes ein Irrweg wäre. Sie bedauern, daß Landsleuten nicht zuletzt von SL-Funktionären in dieser Hinsicht immer wieder falsche Hoffnungen gemacht werden.

Unterstützungsangebot für die Beschwerdeführer?

Mit der Behauptung, daß er den Beschwerdeführern Unterstützung angeboten habe, versucht Herr Posselt die der SL-Führung offenbar lästige Leitung der SDI zu ignorieren und sowohl auf den Anwalt als auch auf die Beschwerdeführer direkt einzuwirken. Dem SDI-Vorsitzenden ist bis dato keinerlei „Hilfsangebot“ der SL-Führung zugegangen. Wenn ein solches im „Gegenlesen“ der Beschwerdeschrift bestehen soll, erklärt dieser hiermit, daß sowohl der Anwalt als SDI-Partner als auch die Beschwerdeführer darauf gern verzichten. Die Beschwerdeschrift ist eine honorarpflichtige anwaltliche Leistung vertraulichen Inhalts, die selbstverständlich den Teilnehmern an der Klägeregemeinschaft vorbehalten bleibt. Wer immer dafür verantwortlich ist, daß der anwaltliche Schriftsatz außerhalb des Kreises der Beschwerdeführer verfügbar wird, muß aufgrund der damit verursachten schweren Schädigung der Interessen der Teilnehmer mit erheblichen Regreßansprüchen rechnen.

Politische Rückendeckung von Klagen wird bereits praktiziert

Die griechische Zypriotin Loizidou verdankt ihren durchschlagenden Erfolg nach sechsjährigem Rechtsstreit um ihr konfisziertes Eigentum nicht zuletzt politischer Rückendeckung durch die griechische Regierung. Diese bewirkte mit, daß die Geschädigte eine Entschädigung in Höhe von Euro 1,2 Millionen vom Schädiger, dem türkischen Staat, erhielt. Ein Lernbeispiel für Posselt.

Europäische Gerichte und – noch ein Gutachten

Nachdem das Gutachten des Jochen Abraham Frowein den Tschechen den Beitritt in die EU geerbt hatte, wurden drei Gegengutachten veranlaßt. Ihr Effekt war nicht zuletzt deshalb gleich null, weil sie, wie bereits andere vor-

her, in Schubladen landeten. Nun soll ein weiteres Gutachten „die Europäischen Perspektiven nach dem EU-Beitritt“ der Tschechischen Republik analysieren.

Der Leser fragt sich, zu welchem Zweck damit erneut erhebliche Mittel bereitgestellt werden, weil er aus jahrzehntelanger Erfahrung weiß, daß solchen akademischen Übungen keine Taten des Auftraggebers folgen.

Bemerkenswert ist die Kritik Posselts wegen der angeblichen Unkenntnis der Landsleute über die Kompetenzen europäischer Gerichte. Man gewinnt den Eindruck, daß er in dieser Hinsicht selbst Nachholbedarf hat. Das Gericht in Luxemburg ist bekanntlich die Instanz der EU, wenn in streitigen Angelegenheiten zwischen EU-Mitgliedsstaaten oder in Konflikten zwischen der Kommission und Mitgliedsländern zu entscheiden ist. Was hat dort ein Sudetendeutscher mit einer Menschenrechtsbeschwerde zu suchen, sollte er in Straßburg scheitern? Die Beschwerdestelle wäre in diesem Fall der Europarat, als dem Straßburger Gerichtshof vorgesetzte Stelle.

Der Vorstand der Sudetendeutschen Initiative bedauert die im Interview mit Herrn Posselt erneut zum Ausdruck kommende Hinhaltetchnik der SL-Führung, die immer wieder auf die seit vielen Jahren erhobene Forderung „Abwarten!“ hinausläuft. Dieses Verlangen ist angesichts des hohen Alters des Großteils der Betroffenen nicht nur hart, es ist grausam.

Zweck der Sudetendeutschen Initiative und des von den Beschwerdeführern bevollmächtigten Anwalts ist es, eine konkrete Alternative zur vagen Erwartung eines „Umdenkens“ der tschechischen Verantwortungsträger zu bieten. Von dieser Möglichkeit macht eine täglich steigende Zahl von Landsleuten Gebrauch. Jeder weitere Teilnehmer ist ein Vertrauensbeweis für den Anwalt und die ihm zuarbeitende Sudetendeutsche Initiative, die die Erfüllung der Satzungsaufgabe der SL in § 3 unterstützt und – wenn nötig – ergänzt.

In Europa nicht angekommen

Auch in der Tschechischen Republik ist bekannt, daß Edvard Beneš als Schreibtischtäter für die Vertreibung von Millionen Menschen aus Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien und der Slowakei die

Von Dr. Vincenz Liechtenstein

Verantwortung trug. Trotzdem (oder deswegen?) wurde er vom tschechischen Parlament kürzlich als „verdienter Staatsmann“ geehrt und gefeiert. Wenn Tschechien bei einer derart unverständlichen Haltung gegenüber schreiendem Unrecht bleibt, ist es in Europa noch nicht angekommen.

Die Beneš-Dekrete, die paradoxerweise die „Rechtsgrundlage“ für das Unrecht bilden, haben in einer Werte-Gemeinschaft nichts zu suchen. Die führenden Politiker Tschechiens halten dennoch bis zum heutigen Tag an der Gültigkeit der Beneš-Dekrete fest. Das Europäische Parlament hat längst einen Appell an Prag gerichtet, dieses Relikt aus Kriegs- und Nachkriegszeit endlich auf dem Müllhaufen der Geschichte zu entsorgen. Aus guten Gründen.

Die Beneš-Dekrete „regelten“ die Vertreibung und Ermordung der Sudetendeutschen. Durch ein Sondergesetz von 1946 wurden die Opfer überdies noch verhöhnt. Es erklärte sämtliche Taten für straffrei. Auch den Völkermord. Irreführend wird es von ahnungslosen Journalisten „Amnestiegesetz“ genannt – doch es war weit mehr. Nach diesem von Edvard Beneš initiierten Gesetz war der Völkermord an den Sudetendeutschen gewissermaßen „rechtmäßig“ erfolgt und daher nie strafbar. Aus tschechischer Sicht ist deshalb eine Amnestierung der Täter gar nicht nötig.

Einige dieser Verbrecher sind noch am Leben. In mehreren europäischen Staaten – auch in Deutschland – verjährt Mord nie. Bayerische Staatsanwälte ermitteln deshalb

gegen namentlich bekannte Mörder. Doch die tschechischen Behörden lassen ihre deutschen Kollegen stets gegen Gummiwände laufen. Anfragen werden entweder ausweichend oder gar nicht beantwortet. Und kein Täter kommt je vor Gericht.

Ähnlich stur verhält sich Tschechien in Eigentumsfragen. Selbst jüdische Bürger der früheren Tschechoslowakei hatten ihren Besitz verloren, wenn Deutsch ihre Muttersprache war. Daß Millionen Menschen nur wegen ihrer Nationalität verfolgt und entschädigungslos enteignet wurden, schlägt dem europäischen Rechtsempfinden ins Gesicht. Prag müßte sich zumindest entschuldigen und irgendeine Form der Wiedergutmachung anbieten – selbst wenn sie aus Geldmangel nur symbolischen Charakter tragen würde.

Doch nichts dergleichen geschieht. Nachhilfe-Unterricht bietet der amerikanische Kongreß. In seiner Resolution 562 werden alle Staaten Ostmitteleuropas aufgefordert, „Gesetze zu verabschieden und durchzusetzen, welche die Rückgabe von – oder die Entschädigung für – rechtswidrig enteignetes Eigentum sicherstellen“. Tschechien wird vom amerikanischen Kongreß beim Namen genannt; als ein Land, das gegen internationales Recht verstößt, weil es Entschädigungen von Personen, die nicht in der Tschechischen Republik wohnen, von vornherein ausschließt.

Unrecht bleibt Unrecht. Auch wenn das Unrechtsbewußtsein erst langsam reift. Als Denkanstoß sehr hilfreich ist dabei für viele Tschechen die Entdeckung, daß sogar die Amtsvilla von Präsident Václav Klaus widerrechtlich beschlagnahmter Besitz eines Altösterreichers ist.

Seit dieser Skandal bekannt wurde, fragen sich nachdenkliche Bürger der Tschechischen Republik: Wem gehört des Haus des Präsidenten wirklich?

Bush und Sharon entziehen Palästinensern Heimatrecht:

Bush unterstützt Politik des „Fakten-Schaffens“

Die unfaire Politik der USA ändert sich nicht. Unter Ausschaltung der betroffenen vertriebenen Palästinenser, hat Präsident Bush mit Israel-Premier Ariel Sharon Pläne des Landraubes beschlossen. Die Parallele läßt sich zur sudetendeutschen Tragödie ziehen:

1918 besetzte tschechisches Militär gesetzwidrig die deutschen Gebiete Böhmens und Mährens. Trotz der Ausrufung des Selbstbestimmungsrechtes durch US-Präsident Woo-

drow Wilson, wurden mehr als drei Millionen deutsche Altösterreicher in die neu geschaffene CSR gezwungen.

Dann die Potsdamer Konferenz Anfang August 1945: US-Präsident Harry S. Truman nimmt die Vertreibung von bereits 700.000 Sudetendeutschen als Realität zur Kenntnis – sie soll nur „human“ ablaufen.

Bis heute setzt sich die völkerrechtswidrige US-Politik fort!

Gräber, um die sich niemand mehr kümmert, droht Einebnung

Wie wir informiert wurden, könnten demnächst deutsche Gräber oder Friedhöfe aufgelassen werden. Die tschechische Regierung hat sich bereiterklärt, ein weiteres Nutzungsrecht zu ermöglichen.

Diese Erklärung ist jedoch nicht für alle Gemeinden verbindlich. Von vielen, vor allem von kleinen Gemeinden, kann die Weiterbenützung bzw. Pacht formlos in Eigeninitiative entschieden werden. Ganz wichtig ist, daß eine Frist bis zum 30. Juni d. J. gesetzt wurde, widrigenfalls könnte bei diesen Gräbern das Nutzungsrecht erlöschen und diese eingeebnet werden.

Laut Gesetz sind die Friedhofsverwaltungen verpflichtet, auf einem zugänglichen Platz des

Friedhofes einen Aufruf zum Abschluß eines weiteren Nutzungsrechtes zu verlautbaren.

Viele unserer Gräber werden bereits in Eigeninitiative weiter erhalten und gepflegt. Doch ist es höchste Zeit für diejenigen, die noch nichts unternommen haben, aktiv zu werden.

Genaue Informationen zur Gräberpflege können unter www.sudeten.de unter dem Stichwort „Heimatspflege“ eingeholt werden. Ebenso ist dort eine Liste der Kontaktmöglichkeiten in der CR, sowie ein Mustervertrag für die Verpachtung einer Grabstätte zu finden. Dieser Mustervertrag kann auch beim tschechischen Ministerium für Raumplanung unter www.mmr.cz abgerufen werden.

Das Beneš-Virus: „Krieg statt Wiedergutmachung“

Mit dem Beitritt Tschechiens in unsere Europäische Gemeinschaft werden wir uns, wenn die Zeichen nicht trügen, entweder an die Denkmuster der Tschechen in alten politischen Kategorien gewöhnen müssen und adäquat darauf reagieren, oder die in die EU Eintretenden werden lernen müssen, daß Konfliktregelungen innerhalb unserer Wertegemeinschaft in demokratischen Formen durchgeführt werden. Das heißt mit Kompromißbereitschaft und in einer Wortwahl, die Gewalt ausschließt.

Ein bisher unvorstellbares Musterbeispiel für Gewaltbereitschaft lieferte dieser Tage nicht irgendwer, sondern der Senatsabgeordnete des Tschechischen Parlaments Herr Richard Falbr, der – offensichtlich vom Beneš-Virus befallen – nicht nur zu Hause wirken will, sondern auch im Juni dieses Jahres in das Europäische Parlament einziehen will – er kandidiert auf Platz zwei der Sozialdemokraten.

Sieht er die Äußerung seiner Meinung zu den Forderungen der Sudetendeutschen als zugkräftigen Slogan für seine Wahlen, wenn er folgende Worte wählt:

„Eine Revision der Nachkriegsereignisse ist nur auf Kosten eines neuen Krieges möglich.“

Die sich hier offenbarende moralische Qualität der Sichtweise, daß die genozide Ermordung von vielen zehntausenden Kindern, Frauen und Männern sowie die Entrechtung, die totale Vermögensberaubung und die bestialische Vertreibung von über drei Millionen Menschen aus ihrer Heimat als Nachkriegsergebnisse, die ein Tabu darstellen sollen, wird verniedlicht.

Die Verhinderung der Revision wäre einen Krieg wert?

Das hatten wir schon einmal, unseligerweise:

Dr. Edvard Beneš wollte im Jahre 1938 lieber Krieg als eine Revision von Saint Germain.

Herr Richard Falbr will im Jahre 2004 lieber einen Krieg als eine Wiedergutmachung von Nachkriegsverbrechen.

Wird der Hang zur kriegerischen Konfliktlösung ein Virus in unserer Europäischen Gemeinschaft?

Wehret den Anfängen!

Acht CR-Parteien bei EU-Wahlen

Für das Europäische Parlament werden sich in der Tschechischen Republik folgende acht Parteien bewerben. Wir bringen auch die jeweiligen Spitzenkandidaten in Klammern:

- ČSSD – Tschechische Sozialdemokraten (Libor Rouček / 49)
- ODS – Bürgerlich-demokratische Partei (Jan Zahradil / 41)
- KSČM – Kommunistische Partei (Miloslav Ransdorf / 51)
- KDU-CSL – Christdemokraten (Zuzana Roithová / 51)
- Unie svobody – DEU – Union der Freiheit (Helena Rögnerová / 49)
- ED a SNN – Europäische Demokraten (Josef Zieleniec / 57)
- Hnutí Nezávislí – Bewegung Unabhängige (Vladimír Zelezny / 59)
- Strana zelených – Partei „Die Grünen“ (Jakub Patočka)

Schulvereinstag der Österreichischen Landsmannschaft

Am Montag, dem 10. Mai, um 19 Uhr, im Festsaal des Ingenieur- und Architektenvereins Wien I, Eschenbachgasse 9/1, findet diese Veranstaltung statt.

Begegnungsgespräch 2004 über die „EU-Osterweiterung: Was wir Volksdeutschen erwarten“.

Montag, dem 10. Mai, 10 bis 12.30 Uhr, Schulvereinshaus, Wien VIII., Fuhrmannsgasse 18 a, 1. Stock (Proveiszimmer).

Ausstellung in Oberplan

Vom 5. bis 30. April 2004 zeigt das „Adalbert-Stifter-Zentrum“ in Oberplan im Böhmerwald (Südböhmen) in seiner Galerie eine zweisprachige Version (Deutsch und Tschechisch) der Ausstellung „Johann Gregor Mendel – Begründer der Vererbungslehre“.

Die Ausstellung ist von Dienstag bis Sonntag, jeweils von 10.00 bis 12.00 Uhr und von 15.00 bis 18.00 Uhr, geöffnet.

Der Eintritt ist frei.

WIR SUCHEN HINWEISE

Dr. Walter Richl, geboren am 9. Februar 1901 in Asch. 1941 Facharzt für Chirurgie in Teplitz-Schönau.

Infos an: Christine Hoenig, Zollstraße 7, D-21354 Bleckede
Telefon: 00 49 (0) 58 52 / 39 02 94

Gewaltsamer Tod des Dissidenten Paul Wonka nach 16 Jahren nicht gesühnt

Die deutsche Familie Wonka lebt seit Generationen in Hoheneibe, Nordostböhmen. Sie wurden nicht vertrieben, ihr Schicksal ist jedoch dramatisch, heute noch.

Im Frühjahr 1986 ging es wie ein Ruck durch die Münchener Redaktionen des Radios Freies Europa. Ein Verrückter hätte sich als unabhängiger Kandidat für die Parlamentswahlen in der CSSR gestellt. Der Mann hat nicht alle Tassen im Schrank!, erzählte man sich teils im Unglauben, teils mit Bewunderung. Unter dem kommunistischen Regime hatte so etwas noch niemand gewagt.

Im Handumdrehen hatten Paul und Georg Wonka die Staatssicherheit am Hals, die bescheidene Wohnung wurde auf den Kopf gestellt, Papiere kassiert. Nach dem Urnengang, bei dem sie natürlich nicht als Kandidaten zugelassen wurden, wanderten die beiden in den Kerker.

Der Initiator des haarsträubenden Vorstoßes war der jüngere Paul, ein energischer und unerschrockener Automechaniker. Für seinen Mut wurde Paul zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt, sein Bruder Georg zu einem Jahr. Nach Verbüßung der Strafe, die seine Gesundheit ruiniert hatte, weigerte sich Paul, zusätzliche Auflagen zu erfüllen. Im Frühjahr 1988 stand Paul wieder vor Gericht..., besser gesagt saß er in einem Rollstuhl, da er fast nicht mehr gehen konnte. Trotzdem verurteilte ihn die Richterin in Hradec Králové, unterstützt durch die Staatsanwältin, wegen Vereitelung der Schutzaufsicht, wie es hieß, zu fünf Monaten Gefängnis.

Trotz seines bedenklichen Zustandes wurde er gleich ins Gefängnis verfrachtet. Nach fünf Tagen, am 26. April 1988, war Paul Wonka tot. Angeblich an einer Lungenembolie gestorben.

Nach der Wende, anderthalb Jahre später, forderten Demonstranten auf dem Prager Wenzelsplatz vollständige Klärung des Falles, eine Untersuchung darüber, was vor Gericht und was hinter den Mauern des Kerkers geschehen war. Die Namen der Beteiligten waren bekannt, man schrieb sie auf große Poster und wollte ein gerechtes Strafverfahren. Das Gegenteil geschah. Die Richterin und die Staatsanwältin wurden durch Präsident Havel in ihren Ämtern bestätigt. Der diensthabende Arzt, der offensichtlich Hilfeleistung unterließ, sowie die Wachtposten, die dem Häftling wahrscheinlich brutal zugesetzt hatten – die alle blieben unbehelligt.

Plötzlich erschienen Gerüchte, Paul wäre ein schwächerer Mensch, ein schräger und unangenehmer, sogar ein Agent der Staatssicherheit gewesen.

Das Letztere wurde im Jahre 2003 vom tschechischen Innenministerium amtlich entkräftet.

Der Chef des Ministerialarchivs, Jan Frolik, sagte im März 2004 für die Zeitung „Mlada fronta dnes“: „Zu seinem Namen wurde für eine kurze Zeit ein Dossier in der Kategorie ‚Kandidat geheimer Zusammenarbeit‘ geführt. Doch zur Anwerbung Paul Wonkas ist es offensichtlich nicht gekommen, da das Dossier bald in die Kategorie ‚Feindliche Personen‘ umqualifiziert wurde.“

Was bleibt? Die Hartnäckigkeit seines Bruders und Mitstreiters Georg, der nach 16 Jahren immer noch für die Gerechtigkeit kämpft, und vielen Menschen damit auf die Nerven geht. „Vierzehn Urteile gegen mich und meinen Bruder wurden bereits für nichtig erklärt,“ sagte Georg. „Aber für seinen Tod wurde bis heute niemand bestraft.“

Allmählich als unvoreilhaftester Zug der Wonkas bleibt ihr Ursprung von einer deutschen Familie. Aus verfolgten Dissidenten sind die Überlebenden, Georg und seine achtzigjährige Mutter Gerta, zu diskriminierten Deutschen geworden. Es ist kaum zu glauben. Einige unbeugsame Persönlichkeiten in der CR – die Historiker Dr. Mlynarik, Emanuel Mandler, Dr. Šilhanová, der evangelische Pfarrer Svatopluk Karásek u. a. – stehen nach wie vor zu Georg. Andere... sprechen lieber nicht von den Brüdern.

Das tschechische Unterhaus hat Pavel Wonka im Juni 2003 aus der Liste der zur Ehrung vorgeschlagenen Personen kommentarlos gestrichen.

Nur weil die Front der ehemaligen Dissidenten brüchig geworden war, konnte 1995 der größte Skandal passieren: Der unbequeme Georg Wonka wurde auf offener Straße seiner Heimatstadt Vrchlaby / Hoheneibe, von einer Gruppe tschechischer Polizisten überfallen, geschlagen, ins Dienstauto gezerrt und erneut ins Gefängnis geworfen. Angeblich wegen seiner dreisten Briefe an die Richterin und an die Staatsanwältin, die 1988 seinen schwerkranken Bruder im Rollstuhl hinter Gitter geschickt hatten.

Václav Havel schritt 1995 ein, erteilte Georg Amnestie, als hätte der wirklich etwas getan. So kam Georg nach zehn qualvollen Tagen frei. Wenigstens das.

Allerdings hatten die Polizisten Georg beschuldigt, er hätte sie verletzt und ihr Auto beschädigt. Für die angebliche Sachbeschädigung und als Schmerzensgeld verlangten sie von dem Mann, der sich gegen ihre Willkür kurz zu verteidigen versuchte, 18.000 Kronen.

Nach mehreren Gerichtsverhandlungen gelang es Georg und seinem Anwalt Milan Hulík, die Summe auf 1627 Kronen herunterzudrücken. Zufriedenstellend ist es nicht. Georg

wird sich weiter wehren, aus Prinzip, wegen der Verdrehung der Tatsachen, und auch deshalb, weil bei dem Überfall 1995 die Polizisten ihm unter anderem 4000 Kronen gestohlen und niemals zurückgegeben haben.

Auch in anderer Hinsicht gehören Georg Wonka und seine Mutter zu den Bestohlenen. Der Großvater Pauls und Georgs hatte in Hoheneibe ein Einfamilienhaus gebaut. Durch die Beneš-Dekrete wurde das Haus konfisziert. Der Großvater ist längst tot. Aber auch der Vater der Familie, der niemals ein Nazi war, starb 1953 vorzeitig, bevor das Verfahren über seine Unbescholtenheit und die Rückgabe der CS-Staatsangehörigkeit zu Ende geführt werden konnte. Das Haus blieb konfisziert. Heute lebt dort eine andere Familie... und Wonka will sie nicht hinaustreiben. Doch eine Entschädigung für das beschlagnahmte Objekt will er haben. Bisher wurde sie ihm verwehrt.

Bei den tschechischen Behörden gilt nicht als Argument, daß Georg und Paul zur schlimmsten Zeit gemeinsam mit den tschechischen Dissidenten gegen den Kommunismus gekämpft haben. Es ist für sie kein Argument, daß der Bruder durch das totalitäre Regime ermordet wurde. Die Justizbehörden interessiert gar nicht, daß Paul mit einer kleinen Gedenktafel auf dem Gebäude der Kreisverwaltung und mit einer Straßbenennung in Königgrätz / Hradec Králové, wo Paul starb, geehrt wurde. Das geschah im November 2003. Auf der Tafel mit dem Namen und persönlichen Daten steht: „Opfer der kommunistischen Gewalt... Geboren in Hoheneibe... Gestorben im Gefängnis Königgrätz.“ Der stellvertretende Kreishauptmann würdigte Paul Wonkas Anteil und Verdienst für „den Fall der totalitären Macht“.

Für die tschechische Justiz gilt die Familie immer noch als ausgestoßen. In Sachen unerledigte Wiedergutmachung steht die Familie Wonka nicht allein. Mehrere Zehntausend daheimgebliebene Deutsche sind bei allen Vermögensrestitutions der 1990er Jahre in der Tschechoslowakischen, später Tschechischen Republik, leer ausgegangen. Bis heute hat das tschechische Rechtssystem die Schuldlast nicht vom Opfer auf den Ankläger umgepolzt.

Laut Beneš-Dekrete mußte der Deutsche, der Ungar, selbst beweisen, daß er wer-weiß-wo gegen die Nazis Widerstand geleistet hatte. Sonst wurde ihm alles genommen: Sein Haus und Hof, sein Hab und Gut, seine Heimat und Ehre bis in die xte Generation.

In einem Rechtsstaat – das hatten ja die internationalen Nürnberger Prozesse gewürdigt – muß der Ankläger dem Beschuldigten die Schuld beweisen. In der Tschechischen Republik gilt dieser demokratische Grundsatz bis heute nicht.

Weil der Vater zu früh starb, konnte er seine Unschuld nicht beweisen. Davon wurden die Söhne betroffen. Und weil das unrechtsstaatliche Prinzip bis heute gilt, darf Prag den Wonkas... sowie Zehntausenden anderen Deutschen und Ungarn... ihre Vermögensrechte, Sozial- und Rentenansprüche verweigern. Bis heute.

Sidonia Dedina

Tages- und Wochenzeitungen im „alten“ und neuen EU-Raum widmen ganze Seiten und Beilagen der bevorstehenden Erweiterung der EU um zehn Oststaaten: Manche überschlagen sich geradezu in Lobhudeleien der zu erwartenden Vorteile, die den „alten“ EU-Staaten mit der Erweiterung angeblich bevorstehen; auch Publikationsorgane in

Von Gustav Chalupa

Österreich und Deutschland. „Österreich profitiert vom Beitritt der k.u.k. Länder“, behauptet allen Ernstes die „Krone“, wenn auch auf der Titelseite auf „1800 Straftaten“ täglich schon jetzt als Wermutstropfen hingewiesen wird. Die seriöse „Presse“ widmet dem Beitritt Tschechiens eine Sonderbeilage mit dem Interview des neuen tschechischen Botschafters Rudolf Jindrak in Wien, der erwartungsgemäß bestätigt: „Tschechien ist für den EU-Beitritt reif.“ Wenn die „Presse“ damit Berichte und Kommentare ihres erfahrenen Prager Korrespondenten widerlegt, bleibt es ihr vorbehalten. Da kann nicht verwundern, wenn im Interview mit dem tschechischen Botschafter noch nicht einmal das Schicksal der Alt-Österreicher in Tschechien hinterfragt wird. Der Wiener „Kurier“ schwelgt in Nostalgie. „Als Böhmen noch bei Österreich war“, vergißt darüber aber nicht sudetendeutsche Pioniere und Größen wie Freud, Porsche, Gustav Mahler, Nobelpreisträgerin Bertha von Suttner, ja selbst Papa Feldmarschall Radetzky. Der Feststellung, daß in diesen Jah-

ren die Metropolen Prag und Wien einander näher waren als heute im Einstundenflug, trifft den Nagel auf den Kopf. Auch im Prager Blätterwald werden Erinnerungen a la Schwejk mit dem üblichen süffisanten Unterton hervorgeholt, verständlicherweise aber die ökonomischen Vorteile gelobt und Beschränkungen, wie sieben Jahre Niederlassungsverbot etc., scharf kritisiert. Autoren im deutschen Blätterwald weisen ebenfalls nahezu ausschließlich auf die kommerziellen

Prager Morgengabe

Vorteile hin, die von der Osterweiterung der EU um zehn Mitgliedsstaaten erwartet werden. Da diese Skepsis in der deutschen Öffentlichkeit mit dem Beitrittsdatum 1. Mai sprunghaft wächst, schaltet die deutsche Bundesregierung schnell geschönte Werbespots ein. 40 Sekunden für zwei Millionen Euro Herstellungskosten nur für das deutsche Fernsehprogramm! Man läßt sich eben nicht lumpen oder gar von seriösen Zweiflern Osteuphorie verderben. Die Rechnung, um wieviele Euro der Teuro im „alten“ Europa „teuroer“ wird, wird natürlich nicht angestellt! Den Vogel in der Osteuropa-Euphorie schießen Blätter ab, die in ihren Lobesgesängen kurzerhand das Jahrzehnt 1938 bis 1948

ausblenden, das für das gegenseitige Verhältnis Deutschland – Österreich – Tschechien von einiger Bedeutung ist. Stellvertretend für die Political corectness das deutsche Wochenblatt „Die Zeit“. Mit der Ausblendung 38 bis 48 wurde niemandem gedient; am wenigsten aber Tschechien. Während Österreich und Deutschland dieses Jahrzehnt kritisch aufarbeiten, auch mit Blick auf das gemeinsame Haus Europa, hat sich das tschechische Parlament eine besonders EU-freundliche Morgengabe einfallen lassen: Gegen den Einspruch des Senats hat es zum zweiten Mal das Gesetz zur Ehrung „Ex-Präsident Edvard Beneš“ verabschiedet. Auch Ministerpräsident Spidla mit seinem Spruch: Solange er 28 Opfer in der Familie zu beklagen hat, gibt es kein Gespräch mit den Sudetendeutschen. Merkwürdig, daß 28 Familienmitglieder 280.000 sudetendeutsche Opfer aufwiegen sollen. Solange sich CR-Präsident Václav Klaus in eine enteignete deutsche Villa in Prag einnistet, solange Ex-Premier Milos Zeman Tel Aviv empfiehlt, den Palästinensern dasselbe anzutun wie Prag den Sudetendeutschen, „solange selbst Dichterpräsident Václav Havel den kriminellen Aktivitäten Beneš“, der Millionen deutsche Mitbürger und Ungarn vertrieben und ihren Mördern und Peinigern einen Freibrief ausgestellt hat, der Gültigkeit hat, jetzt die Größe eines De Gaulles andichtet, baut die Europäische Union auf Sand. Einen Sand, den die political corectness der Öffentlichkeit in Europa in die Augen streut.



Die Brüder Georg (links) und Paul Wonka auf einem Foto aus dem Jahr 1987.

Zur Klaus-Rede bei der Konferenz „Toleranz statt Intoleranz“ in Aussig: Die „Versöhnung mit der Vergangenheit“

Die Tschechen waren schon immer gut in der Erfindung eindrucksvoller Begriffe, die nach außen einen glänzenden Eindruck machen und die für konkrete Politik genommen wurden, was sie zumeist gar nicht waren. In der griechisch-römischen Antike nannte man das Sophistik. Václav Klaus, der Präsident der Tschechischen Republik, hat uns das erneut bewiesen. In Aus-

Von Dr. Rudolf Hilf

sig hielt er eine Rede vor einer Versammlung von Wissenschaftlern, Politikern, Diplomaten, Schriftstellern, die sich unter dem Thema „Toleranz statt Intoleranz“ mit einem Jahrtausend deutsch-tschechischer Geschichte beschäftigte. Von den Tschechen in Aussig ist uns seit Jahren bekannt, daß sie mit gutem Willen überbrücken wollen, was die beiden Völker seit dem vorigen Jahrhundert trennt. Es gibt Tschechen und es gibt Sudetendeutsche, die das seit langem mit ehrlichem Willen tun, und es gibt Tschechen und Sudetendeutsche, die das mehr oder weniger vehement ablehnen. Aber es gibt auch die Politik des „als ob“, man tut so, als ob man auf dem besten Wege ist, das alles zu überwinden, in Wirklichkeit aber, bewußt oder unbewußt, genau das nicht will und verhindert. Das kommt nicht daher, daß Tschechen oder Sudetendeutsche besonders schlechte Menschen sind, die den Anderen nur hinters Licht führen wollen,

sondern daher, daß nirgendwo sonst Deutsche und Slawen eine so enge geschichtliche Symbiose eingegangen sind wie in dem, was man geschichtlich als die böhmischen Länder bezeichnet, oft mit großartigen fruchtbaren Ergebnissen, oft aber auch mit Zerstörung, Haß und Blutvergießen, die fast unbegreiflich sind. Und man begreift nicht, daß vor 200 Jahren der Nationalismus von Frankreich bis Rußland als neue Religion von West nach Ost gerollt ist und diese böhmische Gemeinschaft zerstört hat. Man muß es erkennen, um sich versöhnen zu können. Ich habe einmal Antje Vollmer gesagt: Was Ihr (die Reichsdeutschen oder Binnen-deutschen) nicht begreift, ist, daß es sich bei unserer Auseinandersetzung seit zirka 150 Jahren um einen sich anbahnenden „Bürgerkrieg“ zwischen den beiden Völkern dieser Länder handelt, bei dem zwar beide Seiten auch andere Staaten hineinziehen, die einen den „großen österreichischen oder deutschen Bruder“, die anderen den „großen slawischen Bruder“, oder je nach Lage in West oder Ost andere Mächte und Bündnisse, das alles aber zum eigenen Schaden, wie sich immer wieder herausstellt, und daß dieser Konflikt niemals simpel zwischen den Staaten und durch Machtverschiebungen gelöst werden kann, sondern nur direkt zwischen den beiden Parteien dieses Bürgerkriegs, mit dem direkten Gespräch, was schwierig ist, aber allein den Frieden bringen wird.

Die ganze tschechische Politik seit dem Abzug der Russen aus Mitteleuropa war eine solche „Als-ob-Politik“ und die ganze Politik des deutschen Staates ebenfalls. Man hat getan, als ob man das glaubt, zumeist aber war und ist man dumm genug, tatsächlich das alles für bare Münze zu nehmen. Ich nehme Václav Havel von diesem zugegeben summarischen Urteil aus, obwohl er uns später sehr enttäuschte, aber wir vielleicht auch ihn. Er hat zur Zeit des Machtwechsels in Prag, am 15. Oktober 1989, dem deutschen Bundespräsidenten von Weizsäcker geschrieben:

„Ich persönlich – ebenso wie viele meiner Freunde – verurteilen die Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg. Sie erschien mir immer als eine zutiefst unmoralische Tat, die nicht nur den Deutschen, sondern vielleicht in noch größerem Maße den Tschechen selbst Schaden zugefügt hat und zwar sowohl moralisch als auch materiell. Auf Böses wiederum mit neuem Bösen zu antworten, bedeutet, das Böse nicht zu beseitigen, sondern es auszuweiten.“

Václav Klaus, sein Nachfolger, hat in seiner Rede in Aussig am 28. März 2004 einen ganz neuen Ton angeschlagen als wir bisher von ihm gewohnt waren. Hier einige Zitate:

„Daß aus historischer Sicht die Zeiten des friedlichen deutsch-tschechischen Zusammenlebens und der gegenseitigen Bereicherung viel länger sind als die Zeiten der gegenseitigen Entfremdung und vor allem auch viel länger als die Ära der so offenen Feindschaft ... (wir sollten) daran anknüpfen, was in Jahrhunderten überwog. Das ist eine friedliche und gegenseitig förderliche Koexistenz, die mit zum Entstehen dieses einzigartigen mitteleuropäischen Kulturraumes beigetragen hat.“

Und darauf folgten Sätze über unsere gemeinsame Geschichte, die jeder von uns unterschreiben könnte. Und dann beschäftigte er sich mit den Wunden, die rund um den Zweiten Weltkrieg zwischen uns entstanden sind und auch „mit den Folgen der unmittelbaren Nachkriegsentwicklung“. Kein Wort der oben zitierten Havelschen Klarheit und Wahrheit. Aber auch keine Bosheit, wie wir sie gleichzeitig vom Ministerpräsident Špidla hörten, sondern nur die Feststellung „Es sind Ereignisse, die wir, die heute Lebenden, nicht mehr rückgängig machen können“. In der Tat – nach einem halben Jahrhundert kann man das nicht mehr und das habe ich auch schon mehrmals gesagt. Aber wenn man so tut, als ob mit einem solchen Satz Frieden entsteht und der Konflikt begraben werden könnte, wie schon einige deutsche Abgeordnete der CSU jubilierten, „Tschechien geht Sudetendeutschen entgegen“, so irrt man. Diesmal meine ich nicht Herrn Posselt, der in einem Presseinterview feststellte: „Klaus steht nach wie vor für eine extrem nationale Strömung in der Tschechischen Republik, worüber

einige Formulierungen nicht hinwegtäuschen können.“

Klaus zitiert am Schluß den deutschen Philosophen Karl Jasper und fordert alle auf, „das Gefühl einer abstrakten Schuld zu akzeptieren und daraus einen einfachen und allen verständlichen moralischen Imperativ abzuleiten: Niemals die Wiederholung von Tragödien der Vergangenheit zuzulassen. Ich rufe deshalb zur Versöhnung mit der Vergangenheit auf“.

Was „Versöhnung mit der Vergangenheit“ konkret sein soll, weiß niemand, jedenfalls sicher nicht ein Polit-Schlagwort. Konkret sehen wir nur das eine, daß die Tschechische Republik sich bis heute – und zwar auch in Hinblick auf den Beitritt zur EU – weigert, die Vertreibungsdekrete Beneš' und die daraus folgenden Gesetze „aufzuheben“, wie das Europäische Parlament am 8. April 1999 von der Tschechischen Republik forderte. Die Folge ist, daß in Zukunft genau das geschehen kann, was Präsident Klaus mit der Anerkennung der Jasperschen Formel von der „abstrakten Schuld“ verhindern möchte, nämlich die Wiederholung der Tragödien der Vergangenheit in der Zukunft. Denn: Wenn Europa auf diese Forderung von 1999 verzichtet, erkennt es einen Genozid an, wird es mitschuldig an allen künftigen Genoziden, die sich auf Europa berufen werden, das ja auch eine solche „ethnische Säuberung“ hingenommen hat. Und in einigen Weltgegenden, nicht zuletzt in Nahost, drohen bereits solche Katastrophen.

Nur um das klarzustellen: Der geforderte Widerruf heißt nicht, daß man die Zeit zurückdrehen kann. Es heißt nur, daß man diesen Konflikt, der Beispiel ist für viele solche Konflikte in der Welt von Heute und Morgen, nicht mit diplomatischen Seifenblasen erledigen kann, sondern nur damit, daß sich direkt die Betroffenen zusammensetzen und darüber beraten: Was geht und was nicht geht.

Es geht jetzt darum, nicht etwas als „Schritt in die richtige Richtung“ zu begrüßen, das nichts anderes ist als eine neue Phase der alten Politik, das Recht der Sudetendeutschen zu begraben. Diesmal mit einem schönen Blumenkranz auf das Grab, niedergelegt vom tschechischen Staatspräsidenten selbst. Ein Nachsatz: Wenn Václav Havel dasselbe gesagt hätte, ihm hätten wir wahrscheinlich geglaubt.

Gedenktafel- Enthüllung in St. Veit

Am Samstag, 24. April, 10 Uhr, wird an der Sudetengasse eine Gedenktafel an der Stadtmauer für die Sudetendeutschen enthüllt. Dann findet ein Festakt im Rathaus statt. Die SL-Bezirksgruppe lädt ein.

Werner Fasslabend 60 – ein bekennender Sudetendeutscher

Der Klubobmann der ÖVP, Mag. Wilhelm Molterer, lud zu diesem Anlaß ins Parlament, um Werner Fasslabends Geburtstag gebührend zu feiern.

Dieser Einladung folgten viele Freunde. Es war eine große Gratulantschar, die Willi Molterer begrüßen konnte. An der Spitze die fast vollständige Bundesregierung mit Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel voran. Weiters wurde auch der erste Nationalratspräsident Dr. Andreas Khol begrüßt, der auch die Laudatio hielt. Auch der zweite NR-Präsident und Präsidentschaftskandidat Dr. Heinz Fischer kam, um Werner Fasslabend persönlich zum Sechziger zu gratulieren. Selbstverständlich mit dabei auch „sein“ Landeshauptmann, Dr. Erwin Pröll.

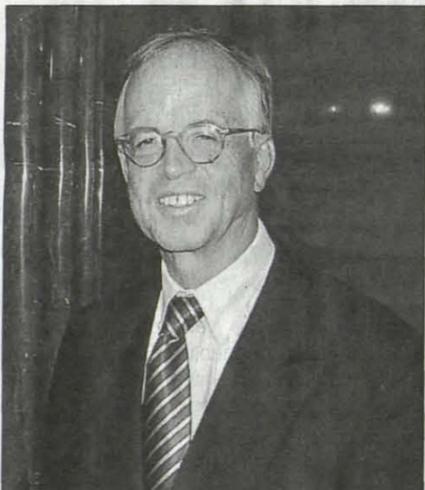
In seiner Ansprache beschrieb er in vielbeachteten Worten den Lebenslauf Werner Fasslabends. Hervorgehoben hat er, daß Fasslabend ein Niederösterreicher ist und sich für sein Bundesland viele Verdienste erworben hat. Besonders herausgestrichen und geschätzt hat er, neben vielen guten Eigenschaften, die Handschlagqualität von Werner Fasslabend, sprach auch die schwere Kinder- und Jugendzeit an, deren Ursache die Kriegs- und Nachkriegersituationen waren. Sein Geburtsort Marchegg lag ganz nahe am Eisernen Vorhang.

Als weitere Gratulanten konnte Mag. Molterer fast alle ÖVP-National- und Bundesräte und auch etliche Abgeordnete von den anderen politischen Fraktionen begrüßen. Natürlich waren auch die Spitzenfunktionäre aus den Kammern und anderen Institutionen dabei.

Die SLÖ war durch ihren Kulturreferenten, Dr. Günther Heim-Radtke und Bundesobmann-Stv. Johann Steinhauer vertreten.

Präsident Dr. Khol hat in seiner Laudatio die Vielseitigkeit Werner Fasslabends hervorgehoben. Von der Privatwirtschaft (Manager) kommend in die Politik gewechselt, ging es auch dort mit seiner Karriere steil bergauf. Auf den Nationalratsabgeordneten folgte der Verteidigungsminister und schließlich, als Höhepunkt, die Funktion des Nationalratspräsidenten. In allen Funktionen, in die er gerufen und berufen wurde, zeichneten Werner Fasslabend Standfestigkeit und Verlässlichkeit aus.

Bundeskanzler Dr. Schüssel verwies in seiner Ansprache auf die gute Zusammenarbeit mit Werner Fasslabend. Scherzhaft meinte er, daß, wenn er von Werner einen handgeschriebenen Zettel bekam, er einen Graphologen bemühen mußte.



Vielleicht fragen sich manche Leser dieser Zeilen, ist ja alles schön und gut, viel Lob und Anerkennung für den Jubilar, aber was hat das mit uns Sudetendeutschen zu tun? Darauf gibt es nur eine Antwort: Sehr viel!

Werner Fasslabend ist zwar ein gebürtiger Niederösterreicher, seine Herkunft aus dem Egerland (Asch) hat er nie verleugnet, ein Bekenner. Im Kampf um das Heimatrecht war und ist er der SLÖ ein Verbündeter, Helfer und Förderer. Es ist mit ein Teil sein Verdienst, daß die Beneš-Dekrete zum Thema bei der EU-Erweiterung wurden. Mut und Verantwortung tragen, das ist für ihn eine Selbstverständlichkeit. Das sind die Charakterzüge eines Egerländers, eines Volksstammes, der nicht leicht Seinesgleichen findet.

Lieber Werner, vergiß das „kleine Häkerl“ des Kanzlers, für uns ist Deine Handschrift eine gerade und gut lesbar. Für Deine Treue und die Verbundenheit zu uns Sudetendeutschen danke ich Dir im Namen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich und persönlich. Daß Du in Zukunft Deine Hände nicht in den Schoß legen wirst, zeigt Deine Aussage bei Deiner Dankesrede, in der Du voll Elan erklärt hast, daß es mit sechzig noch lange nicht Schluß ist. Das ermutigt uns, daß wir weiterhin mit Dir gemeinsam um unser Recht auf Heimat kämpfen werden. Es kann und wird nur eine Frage der Zeit sein, bis wir unser gemeinsames Ziel erreichen. Ausdauer lohnt sich!

In diesem Sinn alles Gute zu Deinem Geburtstag, Gesundheit und Tatkraft bei all Deinen Vorhaben, wünschen Dir Deine sudetendeutschen Freunde.

Johann Steinhauer

Eine Sammlung kehrt nach Wien zurück

Am 28. März wurde das Liechtenstein-Museum in Wien eröffnet. Gezeigt wird eine der bedeutendsten und größten Privatsammlungen der Welt, die Sammlung von Fürst Hans-Adam II. Es ist eine faszinierende Reise in die Vergangenheit.

Öffnungszeiten: Täglich außer Dienstag von 9.00 bis 20.00 Uhr.

Der Garten ist während der Öffnungszeiten des Museums zugänglich.

Eintrittspreise:
Einzelkarte € 10,00, Familienkarte (zwei Erwachsene und Kinder) € 20,00, Alleinerzieherkarte (ein Erwachsener und Kinder) € 14,00, Senioren € 8,00, Schüler, Studenten bis 26 Jahre, Zivil- und Präsenzdiener, Arbeitslose, Behinderte € 5,00, Schüler im Klassenverband € 2,00, Kinder unter 5 Jahren: Eintritt frei, Gruppen ab 8 Teilnehmern, pro Person € 8,00. Garderobe gratis.

Auch ein Restaurant, eine Bar und ein Café erwarten die Besucher.

Rubens Brasserie: Täglich außer Dienstag 9.00 bis 24.00 Uhr

Rubens Palais: Dienstag bis Samstag 12.00 bis 15.00 und 18.30 bis 24.00 Uhr.

Gastgarten im Ehrenhof.



Ehrung für „Madame Jeanette“



Eine Böhmerwälderin aus Wallern, Jeanette Baronesse Lips von Lipstrill, auch bekannt als „Madame Jeanette“, durfte am 12. Februar 2004 in Wien aus den Händen von Min.-Rat Mag. Riedl das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich entgegennehmen. Die Geehrte, eine weltbekannte Kunstpfeiferin, kann auf Auftritte in über 34 Ländern zurückblicken – unter anderem mit André Heller am Broadway. Die Laudatio bei dieser Feierstunde hielt Brigitte Reichel, die gekonnt ein langes und aufregendes Künstlerleben Revue passieren ließ. Musikalisch untermauert wurde der Akt durch die Streicher Sandor und Adam Javorkai.

Auch die Geehrte selbst ließ es sich nicht nehmen, dem Publikum nach launigen Dankesworten noch „etwas zu pfeifen“. Spätestens nach der „Barcarole“ aus Jacques Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen“ hielt es die Zuhörerschaft nicht mehr auf ihren Sitzen.

Am 30. April wird Madame Jeanette in Linz auftreten (18.00 Uhr, Landsgalerie der OÖ. Museen, Museumstraße 14).

Wallfahrt nach Maria Dreieichen

Die traditionelle Wallfahrt der Südmährer und aller Sudetendeutschen sowie deren Freunde findet am Sonntag, dem 2. Mai, statt. Maria Dreieichen im Waldviertel bei Horn ist der große Wallfahrtsort der Südmährer seit langer Zeit. Er ruft auch uns. Mit einem Festzug zum Festgottesdienst (Beginn um 10 Uhr) wird die Wallfahrt eingeleitet. Anschließend ab zirka 14 Uhr sind diverse Heimattreffen in den Gaststätten in und um Maria Dreieichen.

Ab Wien wird von der Lm. „Thaya“ ein Autobus geführt. Abfahrt um 7 Uhr. Anmeldungen sind jeden Donnerstag von 9.00 bis 12.00 Uhr bei der Landsmannschaft Thaya, Wien 12, Spießhamnergasse 1, Tel. 812 39 53, zu tätigen. Kommen Sie bitte bald, die Platzanzahl ist limitiert.

Fahrt in den Böhmerwald

Am Sonntag, dem 25. April, ladet der Witikobund OÖ. zu einer Fahrt mit Privat-PKWs ein.

Programm:

- „Deutsch-Reichenau bei Friedberg“ – total zerstörter Ort im ehemaligen militärischen Sperrgebiet.
 - „Steilstufe“ vom Schwarzenbergischen Schwemmkanal bei Morau. Wir kommen aber aus der böhmischen Seite von Asang. Gehzeit 10 bis 15 Minuten.
 - „Ruine Wittinghausen“ am Thomasberg. Gehzeit 10 Minuten.
 - „Teufelsmauer“ bei Kienberg. Blockhalde neben der Moldau.
 - „Kulturstättenwanderung“ auf den Kühberg bei Hohenfurth. Felsenblockburg mit Schalensteinen. Gehzeit 20 bis 30 Minuten.
 - „Heidenstein“ bei Eibenstein. Schalensteine. Germanische Kultstätte. Gehzeit 10 Minuten.
- Anmeldung:** Johann Eder, Tel. 0 76 73 / 34 68, Rene Höning, 0676 / 339 86 64 (jew. abends).

Sein größtes Verdienst...

Daß sich Beneš „um den Staat verdient gemacht“ hat, haben wir wieder einmal am 24. Februar d. J. aus dem Mund der gewählten Parlamentarier des tschechischen Volkes mit 64-prozentiger Mehrheit erfahren: 118 von 183 anwesenden Abgeordneten hatten dem Beweihräucherungsgesetz zugestimmt. Inzwischen war aus „Halo noviny“ vom 26. 3. 2004 zu erfahren, daß dieses auf den Weg gebrachte Gesetz den Senat nicht passiert hat. Hier wurde der Gesetzesvorschlag nur von von 12 der 65 anwesenden Senatoren unterstützt; von den Sozialdemokraten (ČSSD), den Kommunisten (KSČM) und der Bürgerpartei (ODS). Offensichtlich sind nicht die rechten Verdienste Beneš' gewürdigt worden.

Über die „Verdienste“ Beneš' um die Umwandlung des Vielvölkerstaates Tschechoslowakei in einen reinen Nationalstaat nach dem Zweiten Weltkrieg (mit der „Ausliquidierung der Deutschen“ und, wäre es nach seinem Willen gegangen, auch der Ungarn) sowie die Überführung seines Volkes in eine Volksdemokratie und in einen Vasallenstaat der (heute nicht mehr existenten) UdSSR ist bereits genügend geschrieben worden. Sein anscheinend allergrößtes Verdienst ist jedoch bisher noch nicht gewürdigt worden: Sein Rücktritt vom Amt des Staatspräsidenten nach dem Scheitern seiner Politik am 5. 10. 1938 und sein Abgang mit seiner Frau Hana ins Exil am 22. 10. 1938. Wäre er dort als Privatmann geblieben (wie ihm dies anfänglich die Briten bedeutet haben) und wäre er nicht wieder rückfällig geworden, wäre den Menschen seines Landes viel Leid und Unglück erspart geblieben.



Abflug des Expräsidenten Beneš ins Exil mit Frau Hana am 22. Oktober 1938.

Es ist nicht uninteressant, zu erfahren, mit welchen Worten der damals in seiner Politik gescheiterte, tief gekränkte Beneš gegenüber dem damaligen Regierungsvorsitzenden, General Syrový, seinen Rücktritt erklärt hat. Nachfolgend der vollständige Wortlaut seiner Erklärung:

Prag, den 5. Oktober 1938

Herr Vorsitzender der Regierung!

Bewegte drei Jahre meiner Präsidentschaft kulminierten in die Ereignisse der jüngsten Tage, in Ereignisse in einem für uns maßlos traurigen und für unseren Staat großen Ausmaß. Sie zermürbten all unsere Seelen, Herzen, Nerven und Verstand. Doch sie haben weder unseren Glauben gebrochen noch die Treue zu den Idealen unserer Menschen, unseres Volkes und Staates; Idealen, deren Träger das tschechoslowakische Volk stets gewesen ist und denen es treu bleibt.

Diese historischen Ereignisse änderten nahezu alles an den fundamentalen Bedingungen des weiteren Lebens und der Entfaltung unseres Staates. Ich hatte an dem allen einen so großen Anteil, daß ich nicht ermessen kann, was ich unter den neuen Verhältnissen als Präsident der Republik tun könnte.

Ich bin unter ganz anderen Umständen und unter grundsätzlich abweichenden Bedingungen gewählt worden und ich kann diese heute nicht überschauen. Die Verhältnisse haben sich derart verändert, daß meine Person als politische Persönlichkeit eventuell ein Hindernis in dieser Entwicklung sein könnte, an der sich unser Staat jetzt beteiligen muß, insbesondere auch vom internationalen Gesichtspunkt aus und im Hinblick auf das Erfordernis, in unserem ganzen Umfeld schnell zu Ruhe, zu guten Verhältnissen und Zusammenarbeit mit den Nachbarn zu kommen.

Gerade ist es uns gelungen, eine Regierung einzusetzen, die unter den neuen Verhältnissen eine Regierung der Ruhe und Ordnung sein wird, eine Regierung in dem Bestreben um eine wirtschaftliche und soziale Rekonstruktion, eine Regierung mit Augenmerk vor allem auf die innere Arbeit, Umwandlung und gesamtheitliche Wiedergeburt. Ich glaube, daß ihr dies gelingen wird.

Ich selbst setze als notwendig voraus, aus der neuen Situation die Konsequenzen zu ziehen und von meinem Amt zurückzutreten. Das bedeutet nicht, meine Verpflichtung in schwerer Zeit zu verlassen und im Sturm nicht an Bord des Schiffes zu bleiben. Ich will einfach die weitere gesunde Entwicklung für Staat und Volk leichter machen.

Deshalb lege ich mein Amt in die Hände der verfassungsmäßig Handelnden und bitte Sie als Vorsitzenden der Regierung, daß Sie gemäß den Vorschriften der Verfassung alles regeln, was nötig ist.

Ich danke Ihnen und Ihren Kollegen für alle

Zusammenarbeit und wünsche Ihnen allen übrigen aufrichtig Erfolg in Ihrer weiteren Tätigkeit. Ich glaube fest und tief, daß bald wieder bessere Zeiten kommen werden, Zeiten ruhiger effektiver Arbeit und Erfolg für den neuen Staat und unser tschechoslowakisches Volk.

Dr. Edvard Beneš m. p.

Als dann Beneš entgegen seiner vollmundigen Behauptung, das Schiff in schwerem Sturm nicht zu verlassen, wohlausgestattet mit finanziellen Mitteln, zusammen mit Frau Hana am 22. 10. 1938 ins Exil gegangen war, erinnerte sich das Volk an seine Rundfunkrede vom 22. 9. 1938 mit der sibyllischen Andeutung: „... ich habe meinen Plan für alle Fälle und lasse mich durch nichts beirren“, und unter dem einfachen tschechischen Volk kursierten Spottverse, wie:

*Es war ein Mann, der hatte einen Plan,
es war ein Aeroplan.*

*Und hat eine Bank ausgenommen,
Hanka mitgenommen,
flog über den Ozean.*

*(Byl jeden plán, ten měl plán,
a byl to aeroplán.)*

*A vybral banku,
sebral Hanku
letěl přes oceán.)*

Fürwahr eine verdienstvolle Tat, die es mit einem Gesetz zu ehren gilt. Josef Weikert

Abgang des Expräsidenten Beneš ins Exil am 22. Oktober 1938 in der Realität und in der Karikatur



Tak isem to rozdělil a z toho „zbyťáku“ musíte nahospodařit tolik jako já!

Beneš zu Ministerpräsident General Syrový: So habe ich es aufgeteilt, und aus diesem „Überrest“ müßt Ihr soviel herauswirtschaften wie ich.

„Ich bin zu jeglicher Restitution unter einer Bedingung bereit. Bringen Sie meine 28 Verwandten zurück, die Sie im Zweiten Weltkrieg ermordet haben.“ Wieder einmal macht ein tschechischer Politiker mit einer überaus un-

Von Vincenz Liechtenstein, Mitglied des Bundesrates

qualifizierten Äußerung zum Thema Beneš-Dekrete von sich reden. Und bedauerlicherweise ist es nicht ein unbedeutender Hinterbänkler, der sich solcherart geistige Blößen gibt, sondern kein Geringerer als der tschechische Ministerpräsident Vladimir Spidla.

Gemacht hat er diese Aussage gegenüber einer Prager Zeitung mit dem bezeichnenden Namen „Pravo“, „Wahrheit“. Unfreiwillig offenbart Spidla hier wirklich die Wahrheit; die Wahrheit über die hartnäckige Weigerung der tschechischen Regierung, ihren Staat in die Reihen der zivilisierten Nationen einzureihen, in denen staatlicherseits begangenes Unrecht wiedergutmacht wird.

Keiner der Abertausenden aus ihrer Heimat vertriebenen Tschechen mit deutscher Muttersprache hätte bisher die Geschmacklosigkeit begangen, von der tschechischen Regierung die eigenen Verwandten zurückzuverlangen, die auf dem Brünner Todesmarsch oder bei jenen fürchterlichen Massakern, wie jenem von Aussig an der Elbe, von einem

entmenschten Pöbel umgebracht worden sind, nachdem Staatspräsident Edvard Beneš per Dekret die Mitbürger deutscher Muttersprache für vogelfrei erklärt hatte. Die Toten sind – leider – tot, und man kann sie nur in Frieden ruhen lassen.

Worum es den überlebenden Heimatvertriebenen geht, ist nach mehr als einem hal-

Was denkt sich Herr Spidla eigentlich?

ben Jahrhundert die Rückgabe wenigstens der Habseligkeiten, die ihnen und ihren ermordeten Verwandten abgenommen worden sind – das Vaterhaus in Znaim, in dem man eine glückliche Kindheit verbracht hat, oder wenigstens die Vase, die bei der Maly-Tant' in Karlsbad immer so dekorativ auf der Kommode gestanden ist.

Natürlich ist auch Ministerpräsident Spidla für die 28 Verwandten zu bedauern, die er während des nationalsozialistischen Regimes verloren hat. Natürlich gilt ihm unsere ganze Anteilnahme. Und natürlich soll auch er alles zurückbekommen, was ihnen seinerzeit abgenommen wurde – wenn es denn etwas gibt, das er noch nicht zurückbekommen hat.

Aber was denkt sich Herr Spidla eigentlich dabei, wenn er die Heimatvertriebenen mit seinem ungeheuerlichen Satz direkt anspricht? Wenn er so tut, als ob sie es persönlich gewesen wären, die seine 28 Verwandten auf dem Gewissen haben?

Mit gutem Recht würde sich Herr Spidla dagegen verwahren, wenn der österreichische Staat sich für jeden tschechischen Landdieb, der diesseits der Grenze etwas mitgehen läßt, ihn persönlich haftbar machen würde. Es gehört zu den ehernen Grundsätzen jedes Rechtsstaates, daß es Strafe nur für persönliche Schuld geben kann. Die deutschsprachigen Tschechen für die Schreckenstaten des nationalsozialistischen Regimes verantwortlich zu machen, sie für vogelfrei zu erklären, sie aus ihrer Heimat zu vertreiben und sie bis heute straffrei umzubringen, das ist die kranke Geisteshaltung, aus der die Beneš-Dekrete geboren sind.

Der Schoß ist fruchtbar noch! Ministerpräsident Spidla führt auf bestürzende Weise vor, daß alle Beteuerungen der tschechischen Regierung, wonach die Beneš-Dekrete totes Recht seien, einfach erstunken und erlogen sind. Sie sind noch sehr lebendig! Am 1. Mai soll die Tschechische Republik Mitglied der Europäischen Union werden. Ob ein Ministerpräsident Spidla ein Aushängeschild für einen EU-Staat ist, muß nach seinen jüngsten Äußerungen bezweifelt werden.

Rudolf Grulich wird 60: Ein Leben für Heimat und Menschenrechte

Als Prof. Konrad Bittner bei der Neuauflage des Buches „Die Sprachinsel Deutsch-Brodek / Wachtl“ dessen Autor Dr. Joachim Bösl in einem Geleitwort würdigte, schrieb er: „Die Sprachinsel hat keine ihre bürgerlichen Maße überragenden großen Männer der Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft oder Politik hervorgebracht...“. Bittner nennt aber dann „eine stolze Leuchte unserer nunmehr versunkenen Heimat“, eben den längst verstorbenen Joachim Bösl, den „Lehrer und Erforscher des geschichtlichen Werdens der Sprachinsel“.

Ein halbes Jahrhundert nach dem Tode Bösls kann die Sprachinsel stolz sein auf einen anderen aus ihren Grenzen, den am 16. April 1944 in Runarz geborenen Rudolf Grulich. Er liebt kein Aufhebens um seine Person und wird deshalb an seinem Geburtstag sicher unterwegs sein, weil er sich nie etwas aus Ruhm oder Ehre machte. Aber er möge seinem ehemaligen Lehrer verzeihen, daß sich dieser zu Wort meldet. Schließlich haben auch bedeutende Männer wie Otto von Habsburg oder der kroatische Kardinal Kuharic Geleitworte zu Grulichs Büchern geschrieben. Minister- und Staatspräsidenten des Ostens haben ihn eingeladen, er hielt Vorträge in Moskau und Sofia, Prag und Agram, Istanbul und Madrid, er gab Interviews für Zeitungen und Fernsehstationen in verschiedenen Ländern und ist unermüdet als Referent und Autor tätig. In den letzten Jahren erhielt er Auszeichnungen verschiedener Art, doch er selbst sieht seine Hauptaufgabe im Kampf für Menschenrechte und vor allem in der Aufklärung über Vertreibung und ethnische Säuberungen. Früh hat er den Blick auf Vertreibungsgebiete in aller Welt gerichtet, besonders in dem Krieg 1991 und 1992 in Kroatien und Bosnien. Auf dem Sudetendeutschen Tag 1998 warnte er vor einer Eskalation im Kosovo, die kurz darauf eintrat. Als Kirchenhistoriker sah er dabei immer wieder, wie wichtig die Geschichte für das Verständnis des Heute ist, und daß sich Vertreibungen durch unser ganzes Jahrhundert ziehen.

Ganz deutlich zeigen dies seine Bücher, die in den letzten Jahren erschienen sind: Wir nennen nur „Konstantinopel. Ein Reiseführer für Christen“, „Ethnische Säuberungen und Vertreibung als Mittel der Politik“, das vier Auflagen erlebte, „Sudetendeutsche Katholiken als Opfer des Nationalsozialismus“ und „Zeitzeugen der ethnischen Säuberung 1945/1946 im Schöngengstgau“.

Mehr als ein Dutzend Zeitungen haben das Konstantinopel-Buch gelobt. Die „Deutsche Tagespost“ schrieb: „Eine Entdeckungsreise in das immer noch lebendige Christentum in der größten Stadt der Türkei bietet das Buch des Kirchenhistorikers Rudolf Grulich... Objektiv und

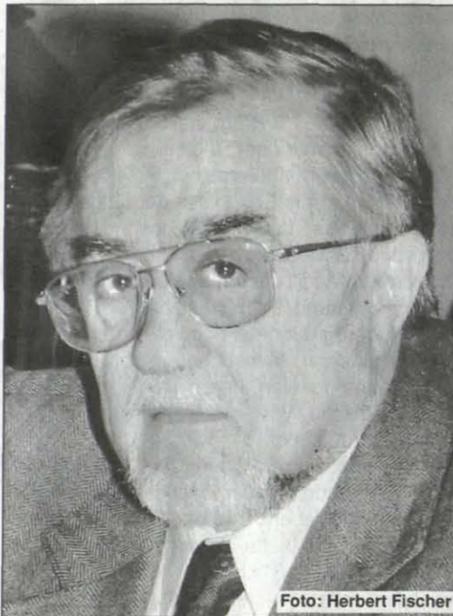


Foto: Herbert Fischer

gründlich analysiert der Verfasser die Lage der Christen unter osmanischer Herrschaft... Für das Buch ist dem Autor und dem Verlag zu danken. Möge es zum Verständnis von Okzident und Orient und zum Miteinander der abrahamitischen Religionen beitragen.“

Der „Rheinische Merkur“ nannte das Buch einen „ungewöhnlichen Reiseführer, der auch Europa-Politikern als Geschichts- und Lesebuch dienen könnte“.

Und so schreibt die Schweizerische Katholische Wochenzeitung: „Es ist Geschichtsbuch, Lesebuch und Reiseführer gleichzeitig; gut illustriert und ohne Einschränkungen zu empfehlen.“

In der Fachzeitschrift „Glaube in der 2. Welt“ des gleichnamigen Züricher Instituts urteilt der Ostexperte Dr. Gerd Stricker: „Rudolf Grulich hat ‚tiefgestapelt‘. Es handelt sich bei diesem ‚Reiseführer‘ in Wirklichkeit um ein Kompendium der Geschichte des Christentums in Konstantinopel / Istanbul, das es in dieser griffigen Form bisher wohl noch gar nicht gab.“

Man kann dem Ostexperten Stricker nur beipflichten, wenn er von Tiefstapeln spricht, denn ähnliche Würdigungen gibt es auch für die anderen Bücher, die Grulich in dreißig Jahren schrieb. Strickers Beurteilung trifft unseren Landsmann, der nie Wert auf Glanz und Schein legte, sondern seine Verpflichtung zur Arbeit und Leistung sah, die er vor allem auf drei Gebieten erbrachte: Der Kirchen- und Kulturgeschichte unserer alten Heimat, der Darstellung von Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa und in der Erforschung von

Volksgruppen- und Minderheitenfragen in Europa und im Nahen Osten.

Grulich wuchs nach der Vertreibung in Oberfranken auf, studierte in Königstein, Agram und Augsburg und promovierte mit einer Arbeit über die unierte Kirche in Mazedonien in Regensburg. Die Zeit als Kind im Lager von 1946 bis 1951 hat ihn dabei entscheidend geprägt. Er war nach seiner Tätigkeit als Wissenschaftlicher Assistent an den Universitäten in Bochum und Regensburg Leiter der Informationsabteilung von „Kirche in Not / Ostpriesterhilfe“ in Königstein, wo er heute das Institut für Kirchengeschichte von Böhmen – Mähren – Schlesien führt und Kirchengeschichte an der Universität in Gießen lehrt. Er war nie ein trockener Wissenschaftler, sondern ein Mann der Tat und der Praxis. Reisen führten ihn schon als Student in alle Länder Osteuropas. Heute sind seine Studienfahrten, die er organisiert, bekannt und gefragt. Die Volksgruppe kennt ihn als Mitarbeiter vieler ihrer Zeitungen und als gefragten Referenten. Er ist Mitglied des Bundesvorstandes der SL und Mitglied des Sudetendeutschen Rates sowie zahlreicher wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Institutionen. Wenigstens einige seien genannt. Auf dem Heiligenhof in Bad Kissingen gründete er 1977 mit Erich Kukuk und Dr. Otfried Kotzian den Arbeitskreis für Volksgruppen- und Minderheitenfragen und begann die Herausgabe der Heiligenhofer Studien zu Volksgruppenfragen und anderer Schriftenreihen. Als Herausgeber zeichnet er für die „Texte zum Ost-West-Dialog“ ebenso wie für die Reihe des Sudetendeutschen Priesterwerkes „Für Kirche und Volksgruppe“. Als der verstorbene Josef Stigl 1977 das INTEREG gründete (Internationales Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus), war Grulich von Anfang an im Kuratorium. Weihbischof Pieschl berief ihn in die Arbeitsgruppe „Vertriebenenseelsorge“ der Deutschen Bischofskonferenz. Als im Februar dieses Jahres die tschechische Ausgabe seines Buches „Sudetendeutsche Katholiken als Opfer des Nationalsozialismus“ in Prag vorgestellt wurde, schrieb die „Prager Volkszeitung“ darüber auf der Titelseite und merkte zur Person des Autors an, „daß der gebürtige Mährer auf vielen Feldern als einer der fähigsten Köpfe seiner sudetendeutschen Volkgruppe gilt. Sei es als Zeithistoriker, Vortragender oder Publizist. Zahlreiche Bücher, Zeitschriften- und Zeitungsbeiträge legen dafür beredtes Zeugnis ab. Er ist ein angesehener Fachmann auf dem Gebiet europaweiter Volksgruppen- und Minderheitenfragen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Wir wünschen ihm Gottes Segen und Kraft für seine weitere Arbeit im Dienste von Kirche und Volksgruppe.

Adolf Hampel

Kulturpreise 2005

Eingedenk der Verpflichtung, das kulturelle Erbe zu wahren, und getragen von dem Willen, die schöpferischen Kräfte zu fördern, will die SL Dank und Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe für künstlerisches Wirken im Sinne einer jahrhundertalten Tradition durch die jährliche Verleihung der Sudetendeutschen Kulturpreise abstimmen. Folgende Preise werden verliehen:

- „Großer Sudetendeutscher Kulturpreis“;
- „Sudetendeutscher Kulturpreis für Schrifttum“;
- „Sudetendeutscher Kulturpreis für Musik“;
- „Sudetendeutscher Kulturpreis für Bildende Kunst und Architektur“;
- „Sudetendeutscher Kulturpreis für Darstellende und Ausübende Kunst“;
- „Sudetendeutscher Kulturpreis für Wissenschaft“.

Der Große Sudetendeutsche Kulturpreis ist mit € 5115,-, die Einzelpreise sind mit je € 1535,- dotiert. Im Rahmen der Schirmherrschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe unterstützt der Freistaat Bayern die Preisverleihung u. a. durch die Übernahme der Dotierungen.

Im Zusammenhang mit der Verleihung der Sudetendeutschen Kulturpreise wird auch der in gleicher Höhe dotierte „Sudetendeutsche Volkstumspreis“ verliehen, dessen Dotierung die Sudetendeutsche Stiftung übernimmt.

Die Preisverleihungen werden wieder beim 56. Sudetendeutschen Tag zu Pfingsten 2005 vorgenommen.

Die Preisträger werden durch eine unabhängige Jury ermittelt, die auf Vorschlag des Bundeskulturreferenten mit Zustimmung der SL-Bundesversammlung vom Sprecher bestellt wird. Vorschläge der Jury bedürfen der Zustimmung des Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern als Schirmherr und des Sprechers der sudetendeutschen Volksgruppe.

Die Sitzung zur Auswahl der Vorschläge für 2005 wird Anfang nächsten Jahres stattfinden. Vorschläge für die Sudetendeutschen Kulturpreise 2005 können bis zum 30. September 2004 eingereicht werden an die: Sudetendeutsche Landsmannschaft, Bundesgeschäftsstelle / Kulturreferat, Hochstraße 8, 81669 München.

Ansprechpartner ist Professor Dr. Roland Pietsch, eMail: pietsch@sudeten.de.

Mit dem schriftlichen Vorschlag muß die genaue Anschrift und Heimatlandschaft des Vorgeschlagenen genannt werden, ebenso der Beruf und die künstlerische oder wissenschaftliche Fachrichtung.

Tribüne der Meinungen

28 Ermordete

Die meisten Dreistigkeiten der in „Právo“ zitierten Ausführungen des tschechischen Premiers Vladimir Spidla hat die „Sudetendpost“ vom 8. April bereits entkräftet.

Diesen Leserbrief schreibe ich wegen der „28 ermordeten Verwandten“ des Premiers. Als gebürtige Tschechin, die das Protektorat noch erlebt hat, halte ich diese Behauptung des nachgeborenen Spidla für Nonsens. Leider wäre solch eine hohe Anzahl von toten Verwandten bei einer jüdischen Familie denkbar gewesen. Doch ist weder mir noch der tschechischen Öffentlichkeit etwas über die jüdische Abstammung des Premiers bekannt. Ebenso wenig engagiert sich Spidla für die jüdische Gemeinde in der CR.

Also gehe ich davon aus, daß Spidla der breiten Öffentlichkeit etwas über seine tschechischen Verwandten unter die Nase reiben wollte. Es erinnert mich an den hungerstreikenden Miroslav Klen vom Jänner 1990, der behauptete, durch die Deutschen elf Verwandte verloren zu haben. Dem glaubte ich schon damals nicht, mit ähnlicher Begründung wie nun Spidla. In den tschechischen Familien wurden einzelne Menschen durch die Nazis verfolgt, allerdings mit viel niedrigerer Anzahl der Fälle.

Meine eigene zahlreiche Verwandtschaft väterlicher- wie mütterlicherseits von Verwandtschaftsgrad eins bis drei oder vier beträgt fünfzig bis achtzig Personen. Von diesem Kreis

wurde ein Onkel, General Dolezal, durch die Nazis hingerichtet. Ein anderer Onkel diente in der britischen Armee, seine Frau wurde im KZ eingesperrt, als auch ein weiterer Onkel. Gottlob haben die letzteren drei Menschen den Krieg überlebt. Ebenso haben wir durch Bombenangriffe keine Verwandten verloren.

Meiner Erfahrung nach hielten sich die Verluste an Menschenleben auch bei anderen tschechischen Familien in verhältnismäßig kleiner Zahl.

Selbstverständlich haben wir getrauert und den Hinterbliebenen unser Mitgefühl und unsere Wertschätzung zukommen lassen. Ohne die Naziherrschaft und den Krieg hätten die Menschen weiterleben können, sowie kein Leid durch Verfolgung erfahren müssen.

Doch Spidlas Behauptung über seine 28 ermordeten Verwandten werde ich erst Glauben schenken, nachdem er eine komplette Liste der Ermordeten vorlegt, mit nachprüfbarem Verwandtschaftsgrad, mit vollständigen Geburts- und Todesdaten und mit nachprüfbaren Angaben über die Umstände und die Orte ihres Todes.

Es ist traurig genug, von Opfern vergangener Regime reden zu müssen. Höchst peinlich allerdings ist es, mit Ermordeten hausieren zu gehen, wie Spidla es tut. Deutsche Leser werden in diese Diskussion aus Pietät wahrscheinlich nicht einsteigen. Das allerdings ermöglicht gewissen tschechischen Personen, uferlose Behauptungen in die Welt zu setzen, ohne einen Protest oder eine Überprüfung zu befürchten.

Nach Klens elf ermordeten Verwandten vom

Jahre 1990 sind es nun 28 ermordete Verwandte Spidlas im Jahre 2004, bald kommen 100 ermordete Verwandte von Klaus oder von anderen tschechischen Koryphäen. Ich denke, dem muß Einhalt geboten werden. Ganz abgesehen davon, daß eine kollektive Schuldzuweisung den Sudetendeutschen ein europäischer Skandal ist.

Sidonia Dedina, D-Ismaning

Drohgebärden

Der Optimismus vieler, die da der Meinung sind, mit Tschechiens Politvertretung könne man leichter kommunizieren, wenn sie in der EU sein werden, auch was die Beneš-Dekrete angeht, dürfte, auf Grund der jüngsten Wortattacken aus Prag, stark ins Wanken geraten. Laut APA vom 31. März äußerte sich der Senatsabgeordnete R. Falbr, betreffs Wiedergutmachung der vertriebenen Sudetendeutschen: „Eine Revision der Nachkriegsergebnisse ist nur auf Kosten eines neuen Krieges möglich.“ (Herr Falbr ist Kandidat für das EU-Parlament.) Auch Ministerpräsident Spidla erteilt laut „Právo“, den Forderungen von geraubtem altösterreichischem Privateigentum eine scharfe Absage: „Ich bin zu jeder Restitution unter einer Bedingung bereit: Bringen Sie 28 meiner Verwandten, die Sie im Zweiten Weltkrieg ermordet haben, zurück. Weil Sie dazu nicht fähig sind, werden wir nicht zur Vergangenheit zurückkehren“ – soweit Herr Spidla.

Wieso behauptet Herr Spidla, daß Sudetendeutsche am Tod seiner Verwandten schuld gewesen seien? Es gab zu dieser Zeit keine Sudetenorganisation. Alle Bürger unterstanden

der deutschen Reichsregierung. Unterschlagen haben beide Politiker, wie die meisten ihrer Kollegen, daß nach Kriegsende 1945 ein Völkermord in der CSR an Volksdeutschen stattfand, meist an Frauen, Kindern und Greisen, der infolge das Resultat von 241.000 Toten und x-tausend Krüppeln erbrachte. Erinnert sei an den Brünner Todesmarsch, Postelberger Todesmarsch, Massaker auf der Elbebrücke in Ausig, Massaker im Prager Stadion Strahov. In dieser Stadt wurden deutschen Zivilisten an Straßenbahnwagen gebunden und zu Tode geschleift, Wehrmachtssoldaten mit Benzin übergossen und an Kadelabern aufgehängt und verbrannt.

Gott sei Dank – Drohgebärden erwiesen sich in der Geschichte meist als Bumerang.

Adalbert Schmidl,

SLÖ-Landesobmann Wien, NÖ, Bgld.

Tscheche in deutschem Grab

Vor zwei Wochen bat ich einen Mittelsmann in Tschechien, sich um die Doppelgrabverlängerung meiner Urgroßeltern zu kümmern. Er rief mich an und fragte, ob ich mit dem Tschechen M. verwandt sei, der nun in unserem Grab ruht. Die angefallenen Gebühren seien noch nicht bezahlt und die Friedhofsverwaltung hofft, daß ich sie mit der Grabverlängerung begleiche. Also Vorsicht – kluge Tschechen lassen sich in deutschen Gräbern beerdigen und wir Deutschen zahlen die Verlängerung, wenn wir nicht vorher genau informiert werden.

Jutta Ammer-Grün, D-Bad Füssingen

Wir suchen immer noch dringend Gasteltern

Wir suchen immer noch Gasteltern für ein Kind und die erwachsene Begleitperson (eine junge Dame).

Unsere „Siebenbürgen-Aktion“ wird heuer zum 11. Mal durchgeführt, und bisher ist es immer gelungen, Gasteltern zu finden. Vier Kinder sind schon untergebracht, doch für zwei Personen – ein Kind und die erwachsene Begleitperson (eine junge Dame) scheint es nicht möglich zu sein, Gasteltern zu finden.

Die sechs Siebenbürger Sachsen werden vom 10. bis 17. Juli am Sommerlager in der Steiermark unsere Gäste sein.

Für die Zeit vom Samstag, dem 17. Juli, nachmittag, bis Samstag, dem 24. Juli, gegen Abend, werden noch Gasteltern gesucht. Wir denken da vor allem an Gasteltern in Wien, Niederösterreich und dem nördlichen Burgenland – werte Landsleute und Freunde, geben Sie sich einen Ruck und nehmen Sie eine oder gar beide Personen für eine Woche als Gäste auf!

Alle sind für die Dauer des Österreich-Aufenthaltes kranken- und unfallversichert, die

hohen Reisekosten von Kronstadt nach Wien und zurück werden, so wie die Sommerlager-Kosten, von uns getragen. Für die Gasteltern fallen nur die Unterbringungskosten an. Überlassen bleibt es den Gasteltern, wie die Woche gestaltet wird (Zeigen der Umgebung usw.).

Alles in allem geht es um eine soziale Tat, und gemeinsam sollte es gelingen, dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen.

Diese Aktion bedarf großer und langwieriger Vorbereitungen, auf Grund dessen benötigen wir bis spätestens 14. April eine entsprechende Nachricht von Ihnen.

Nochmals – wir bitten um dringende Bekanntheit (wieviele Personen kann man aufnehmen, Ihre telefonische Erreichbarkeit usw.) an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, Telefon (mit Anrufbeantworter – wir rufen zurück!) bzw. Fax: (01) 718 59 13!

Lassen Sie uns, werte Landsleute und Freunde, im Interesse dieser Kinder nicht im Stich – schon jetzt danken wir Ihnen für die Mithilfe und Gastfreundschaft!

Oberösterreich fährt zum Sudetendeutschen Tag nach Nürnberg

Liebe Landsleute, liebe Jugend und Freunde der Sudetendeutschen, nehmen Sie an der Veranstaltung unserer Volksgruppe – dem Sudetendeutschen Tag in Nürnberg – recht zahlreich teil! Die SLOÖ führt einen Tagesbus mit vielen Zusteigeorten.

Pfingstsonntag, 30. Mai:

4.20 Uhr: Ab Freistadt, Stifterplatz (Freistadt und Umgebung) – **5.00 Uhr:** Ab Linz, Oberbank vis-à-vis vom Hauptbahnhof (Steyr, Enns, Linz und Umgebung) – **5.10 Uhr:** Ab Linz, am Bindermichl, bei der Kirche – **5.15 Uhr:** Ab Linz, Dauphinstraße / Böhmerwaldl. – **5.20 Uhr:** Ab Linz, St. Martin, Obus-Haltest. St. Martin – **5.45 Uhr:** Ab



Wels, am Hauptbahnhof (Wels, Kremsmünster, Grieskirchen, Vöcklabruck), **Zusteigemöglichkeit für Grieskirchen, Ried i. L., Schärching nach Vereinbarung!**

10.00 Uhr: Ankunft Nürnberg

– Messegelände, Großkundgebung und Volksgruppentreffen.

16.30 Uhr: ab Messegelände

– Rückfahrt.

Fahrtpreis: € 25,- pro Person.

Bitte melden Sie sich rechtzeitig an! Nach Anmeldung erhalten die Teilnehmer einen Erlagschein, mit dem der Fahrpreis gleich einzuzahlen ist!

Anmeldungen: Familie Schanzer, 4600 Wels, Tandlerstraße 13, Tel.: 0 72 42 / 47 1 50, Fax: 0 72 42 / 20 63 53.

Sportwettkampf in Traun bei Linz

Zur Erinnerung an den im Jänner 2002 verstorbenen Toppauer Lm. Robert Granzer, werden diese Sport-Wettkämpfe unter dem Motto „Robert-Granzer-Gedächtnis-Sportwettkämpfe“ am **Sonntag, dem 16. Mai**, in Traun bei Linz, durchgeführt. Ort: Turnplatz des Allgemeinen Turnvereins Traun, Sportplatzweg 17, „Robert-Granzer-Turnplatz“ (hinter dem alten Fußballplatz des SV Traun beziehungsweise nächst der Evangelischen Kirche). Wir treffen dort einander bei jedem Wetter !!!

Programm: Bis 9.15 Uhr Anmeldeöglichkeit für alle Teilnehmer jedweder Altersstufe. – Zirka 10 Uhr: Beginn des Jedermann-Leichtathletik-Dreikampfes für alle Teilnehmer (Laufen, Weitspringen, Schlagballwerfen / Kugelstoßen).

Es gibt alle Alterswertungen! Jeder Teilnehmer erhält eine Urkunde !!!

Mittagessen: Am Turnplatz wird gegrillt – es gibt Grillspeisen mit Salat, Brot usw. Zum Selbstkostenpreis gibt es auch Kaffee und Kuchen, Getränke usw. Bezüglich des Mittagessens wäre eine rechtzeitige Anmeldung zwecks eines entsprechenden Einkaufs wichtig!

Achtung: Es besteht Gelegenheit zum Ablegen des Österreichischen Sport- und Turnabzeichens (ÖSTA) in allen Klassen – Anmeldung am Turnplatz.

Es gibt kein Nenngeld – jedermann ist herzlich willkommen. Für SdJÖ-Mitglieder: Fahrtkosten werden ab € 6,60 Eigenbeitrag ersetzt. Man muß damit rechnen, daß der Wettkampf eventuell bis 14 Uhr dauern kann.

Voranmeldung mit genauer Angabe der Geburtsdaten, sowie, ob man am Mittagessen teilnehmen möchte oder nicht, entweder an Rainer Ruprecht, Johann-Strauß-Straße 9, 4600 Wels, oder an den SdJÖ-Bundesverband, 1030 Wien, Steingasse 25, Tel./Fax: 01 / 718 59 13, richten.

Noch ein Hinweis: Die Teilnahme erfolgt auf eigene Gefahr, der Verein haftet für keinerlei Unfälle und dergleichen!

Frühlingsfahrt am 20. Mai

Alle Landsleute und Freunde sind zu unserer Muttertags- und Vatertagsfahrt am **Donnerstag, dem 20. Mai** (Christi Himmelfahrt), eingeladen. **Fahrtpreis:** Nur € 13,- (mit kleiner Jause und einem Eintritt); für Kinder bis 14 Jahren: € 7,-.

Abfahrt und Treffpunkt: Um 8.15 Uhr (Abfahrt 8.30 Uhr), in Wien 12, Grünbergstraße, vor dem Hotel Kaiserpark – gegenüber dem Osteingang von Schloß Schönbrunn, nächst der U4-Station Schönbrunn.

Anmeldungen bei Familie Rogelböck, Telefon (von 17.00 bis 19.00 Uhr) / Fax (jederzeit): (01) 888 63 97! Falls Sie uns nicht erreichen, geben Sie am Anrufbeantworter unbedingt eine telefonische Erreichbarkeit an – Danke!



Kuhländchen

Nach dem Februar-Heimatabend, der im Zeichen des Faschings stand und dem März-Heimatabend, wo uns Lm. Klaus Seidler mit einem Diavortrag über unsere unvergessene mährisch-schlesische Heimat erfreute, lud die Heimatgruppe am 2. April die Landsleute zu unserer Jahreshauptversammlung ein und viele leisteten dieser Einladung Folge. Vorher kam der Obmann aber noch auf die bevorstehenden Ostern zu sprechen und ließ in seiner Rück Erinnerung dieses Fest in unserer Jugendzeit in unseren Kuhländler Dörfern und Städtchen wieder aufleben mit den kirchlichen Festlichkeiten, dem Saatreiten, dem Osternestsuchen, bis zum fröhlichen Schmeckostern am Ostermontag. Hernach wurde die Hauptversammlung eröffnet und als Erster referierte der Obmann über das vergangene Vereinsjahr und zog eine positive Bilanz über das Geschehen im letzten Jahr und dankte dem Vorstand sowie allen Landsleuten für den Einsatz sowie die Treue, die sie unserer Gemeinschaft entgegengebracht haben. Dieses positive Bild rundete in der Folge unsere Kassierin Herta Kalva mit ihrem Kassabericht ab, und dem gesamten Vor-

stand wurde hierauf über Vorschlag unseres Wagstädter Landmannes Kurt Heinz als Wahlleiter einstimmig die Entlastung ausgesprochen. Die Neuwahl ergab dann vor allem in der Führung der Heimatgruppe eine Änderung, als der bisherige Obmann Emil Mück aus Alters- und vor allem familiären Gründen sein Amt zurücklegte und nicht mehr kandidierte. Er sorgte jedoch insofern für eine positive Weiterführung der Heimatgruppe, als mit Lm. Dkfm. Inge Wallacek, aus Zauchtel stammend, als Obfrau und mit Lm. Else Holaschke, aus Neutitschein gebürtig, als Stellvertreterin, zwei jüngere Mandatäre mit der neuen Führung der Heimatgruppe einstimmig gewählt wurden. Der Wahlleiter und die neue Obfrau dankten in der Folge dem scheidenden Obmann im Namen aller für die jahrzehntelange erfolgreiche Führung unserer Gemeinschaft und er wurde mit viel dankbarem Applaus bedacht. Schließlich führte er die Heimatgruppe seit 1981, also durch 23 Jahre! Ganz durfte er jedoch nicht ausscheiden und fungiert im neuen Vorstand als Organisationsleiter und will damit der neuen Führung tatkräftig zur Seite stehen und appellierte auch an die Landsleute, dies mit ihm zum Wohle unserer Heimatgemeinschaft zu tun. Nach Abschluß der Hauptversammlung wurde noch für die kommende Muttertagsfahrt der Heimatgruppe am Dienstag, dem 4. Mai 2004, geworben, und viele meldeten sich bereits zur Teilnahme. Trotz zahlreicher Meldungen sind noch einige Plätze im Autobus frei und Meldungen zur Fahrt, wo auch Gäste gerne mitgenommen werden, können sie an Emil Mück, Schönburgerstraße 12/7, Telefon 50 47 199, richten, wo Sie auch nähere Details erfahren.

Zwittauer und Müglitzer in Wien

Für den am 26. März stattgefundenen Heimatabend hatten sich mehrere Landsleute wegen Grippe entschuldigt. Obmann Dir. Karl Fordinal konnte auch nicht kommen. Wir wünschen ihm und den kranken Mitgliedern baldige Genesung. Frau Waltraut Herwei gab die vorgesehenen Mitteilungen an die Landsleute weiter. Über die würdige Gedenkfeier vom 6. März wurde viel gesprochen – über die gelungene musikalische Darbietung und über die inhaltsschweren und wahren Worte in den Reden. – Den Geburtstagskindern des April wurde herzlich gratuliert, ihre Namen konnte man im letzten Bericht erfahren. Nun die Gratulationen für die im Mai geborenen Landsleute. Bleibt gesund, Glück auf allen Wegen und Gottes Segen: Frau Margarete Zehetmeyer (Schönbrunn), 75 Jahre am 4. 5. Frau Sofie Rilck (Löttschau), 89 Jahre am 11. 5. Frau Maria Schimpf, geb. Heger (Zwittau), 82 Jahre am 10. 5. Lm. Dipl.-Ing. Dr. Erich Sponer (Zwittau), 75 Jahre am 11. 5. Lm. Erich Bidmon (Schönbrunn), 70 Jahre am 17. 5. Beste Wünsche ergehen noch an Frau Luise Fordinal und an Frau Anny Tidl, geb. Bittner.

Waltraut Herwei

Nordmähren

Ende März fand unsere Jahreshauptversammlung mit Neuwahl statt. Der Obmann Ing. Baschny begrüßte Bundesobmann Zeihsel mit Gattin, Landesobmann Schmid mit Gattin und alle übrigen Anwesenden. Nach der Jause übernahm unser Landesobmann als Wahlleiter den Vorsitz und mit gekonnter Routine ging alles glatt und verhältnismäßig schnell vonstatten. – Der Bundesobmann dankte noch Obmann Ing. Baschny für die vortreffliche Führung der Gruppe und Ing. Baschny seinerseits bedankte sich bei seinem Team. Anschließend gratulierte er unserer 2. Kassaprüferin, Frau Lorenz, zum Geburtstag und überreichte ihr einen herrlichen Blumenstrauß. Auch mir übergab der Gruppenobmann ein schönes Blumensträußchen. Ich danke nochmals herzlich! – Wir treffen uns wieder am Montag, dem 26. April, im „Haus der Heimat“, 1030 Wien, Steingasse 25, um 15.00 Uhr.

Eva Löffler

Kulturverein Südmährerhof

Offenbar hat sich der Lokalwechsel in das „Haus der Heimat“ noch immer nicht zufriedenstellend eingepiekt, da wir fast 20 Prozent weniger Stammpublikum haben. Dabei hatten wir am 8. April die bereits zweimal verschobene Jahreshauptversammlung, allerdings erreichten wir die Beschlußfähigkeit durch eine genügende Teilnehmerzahl. Reiner Elsinger begrüßte die Vereinsfamilie und als Gast Herr Toni Weber von den Donauschwaben, der mit Maria Helmich befreundet ist. Außerdem wurden die Widder-Geburtstage beglückwünscht, allen voran die Anwesenden Rosi Nepp, Hilde Becker, Herbert Ginzel, Helmut Habel und Ernst Mischka; ferner Josef Moro, Brunhilde Meisel, Ida Kolb, Ludwig Amstler, Dagmar Niederhofer, Karl und Gisela Hecht, Mitzi Baumann, Hans Stumvoll, Pepperl Schimatschek, Aloisia Spulak, Heli Elsinger, Anton Schwarzenbrunner, Franz Pech, Sieglinde Svoboda, und von der jüngeren Generation: Franz Ginzel jr., Mag. Elisabeth Seiter, Hildegard Baumgartner, Evelyne Grojer, Tanja Schneider, Mag. Thomas Strauß und Reinhold Spoerl. Leider erreichte uns auch die Nachricht vom Heimgang von Hedi Kunz und zwei Kefeder-Brü-

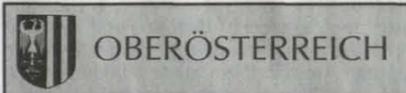
dern in Hörsching, deren wir in einer Trauerminute gedachten. – In einem Obmannbericht wurden die vielfältigen Tätigkeiten aus dem Jahresablauf aufgezählt: 23 Sitzungen bei SLO und Dachverband, 12 Termine für die Stiftung, fünf Fahrten zum Kreuzberg, zwei nach Geislingen, 24 Buchversendungen, Texte für zwei Resolutionen, zahlreiche Pressedienste, über 200 Briefe, Faxe und E-Post, Jahrbuch- und zehn „Sudetepost“-Beiträge, Monatsberichte, sieben Diskussionsveranstaltungen mit Wortmeldungen, Gestaltungsbeiträge für Südmähren auf der „Odsun-Ausstellung“ in der Lugner City, Veranstaltungen am Südmährerhof (Kirtag mit 1000 zahlenden Besuchern) und der Arbeitseinsatz von Franz Ginzel und seinen Getreuen (Hermann, Rudi, Erich, Hans, Hannes usw.) beim Zeltaufbau, einem neuen Vorgartenzaun, der vollständigen Pflasterung des Wagenschuppens u. v. a. m., der totale Einsatz der Frauen beim Kirtag. – Richard Czujan erstattete den Kassen- und Vermögensbericht: Ausgaben von € 23.483,- stehen Einnahmen von € 26.000,- gegenüber (davon 3400 Spenden und 6600 Buchverkäufe), somit ein Vermögenszuwachs von € 2500,-. Die Prüfung von Hans-Günter Grech ergab keine Beanstandungen, weshalb er den Entlastungsantrag stellte, der einstimmig erteilt wurde. Der Vorstand trat mit einer kleinen Veränderung zur Wiederwahl an, indem Frau Dr. Gerlinde Follich-Aguinaga als Schriftführerin aufsteigt, die schon mit besonderem Enthusiasmus am Südmährerhof mitarbeitet und dabei die weite Anreise von Neusiedl am See nicht scheut. Da keine Wortmeldungen und Anträge bzw. Wahlvorschläge zu verzeichnen waren, kam es zur einstimmigen Wiederwahl des Vorstandes. Abschließend wurden die zahlreichen Mai- und Junitermine besprochen, aus denen der Ausflug am 15. Mai – Manfred Seiter – und die Friedhofsfeier am 11. Juni mit Einweihung der Gefallenengedenktafel hervorgehoben sei. – Nächster Vereinsabend ist der 13. Mai, Achtung im Juni: Mittwoch der 9. 6. statt des Feiertages.

Reiner Elsinger

„Hochwald“-Wien

Am 3. 4. wurde bei der Hauptversammlung der neue Vorstand gewählt. Obfrau: Walburga Rudolf aus Neudorf bei Gratzen, Obfrau-Stellv.: Elfi Siess aus Heidenreichstein, Gattin von Hans Siess aus Reichenau bei Gratzen; Schriftführerin: Maria Prinz aus Strobnitz, Schriftführer-Stellv.: Marie Müller aus Waldschlag, Kassier: Karl Girsch, Kassier-Stellv.: Fritz Maierhofer, 1. Rechnungsprüfer: Viktor Weilguni, 2. Rechnungsprüfer: Resi Böhm aus Neuhütten. Der neue Vorstand wurde von den Mitgliedern einstimmig angenommen und mit großem Applaus gewürdigt. Somit besteht die Gewähr, daß unser langjähriger Verein im Sinne der Gründer (1949) und der vorhergegangenen Vorstandsmitglieder weitergeführt wird. – Da das Osterfest vor der Tür stand, haben sich die Frauen Rudolf und Siess sehr bemüht, die Tische österlich zu decken, mit kleinen Nesterln und gefärbten Eiern. Die Mitglieder freuten sich sehr über die nette Aufmerksamkeit. Auf Wiedersehen am Mandelstein. In diesem Sinne grüßt

M. Prinz.



Enns-Neugablonz – Steyr

Die Geburtstagskinder des Monats Mai ergeben eine lange Liste und zwar: Inge Handorfer am 3. 5., Edith Plombon am 5. 5., Erhard Neumann am 10. 5., Erna Pranghofer am 16. 5., Edmund Unterpertinger am 16. 5., Diethild Maiwöger am 18. 5., Helmut Alt am 18. 5., Hilde Braun am 24. 5., Franziska Latzke am 24. 5. und Ilse Fischer am 19. 5. Wir wünschen allen beste Gesundheit und viel Freude im neuen Lebensjahr.

Ch. N.

Freistadt

Demnächst feiern folgende Mitglieder Geburtstag: 1. 5. Ferdinand Leitner, 3. 5. Katharina Etlzdorfer, Leopoldschlag; 13. 5. Maria Vejar, Freistadt; 21. 5. Aloisia Hackl, 23. 5. Franz Pachner, 24. 5. Anna Fößner, 25. 5. Gertrude Lutz, 27. 5. Dipl.-Ing. Günter Kreck, 27. 5. Josef Witzany, 28. 5. Johann Stoiber, 30. 5. Marianne Narbeshuber, 30. 5. Maria Tischberger. Wir gratulieren allen Geburtstagskindern sehr herzlich und wünschen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. – Zur Jahreshauptversammlung mit Mutter- und Vatertagsfeier am 2. Mai 2004 in der Pension Pirklbauer um 14 Uhr laden wir auch auf diesem Wege schon jetzt recht herzlich ein.

Helga Kriegl

Vöcklabruck

Zum Treffen am 4. April konnte unser Obmann mit besonderer Freude auch den Obmann des Heimatmuseums, Lm. DDr. Oberwanding, begrüßen. Die Bruckmühler Freunde waren auch wieder dabei, nachdem ihr „Zugpferd“ unser Freund Hans Bartl, mit einem Herzschrittmacher versehen, sich wieder soweit fit

fühlt. Immerhin hatten sich insgesamt 14 der Getreuen eingefunden. Dem einzigen April-Geborenen, Dipl.-Ing. Wilhelm Wincor, wurde zum 88er unter Beifall herzlich gratuliert. Die Lmn. Anni Koppmann war so lieb und hat uns einige frohe Gedichte vorgelesen. – Das nächste Treffen findet am Sonntag, dem 16. 5. statt und wird als Muttertagsfeier gestaltet. – Willi wies darauf hin, daß am Samstag, dem 17. 4. im Heimatmuseum Vöcklabruck ab 14 bis 18 Uhr ein Familiennachmittag abgehalten wird. Die Gäste werden mit Kaffee und Kuchen nach Rezepten aus der Heimat bewirtet. – Am Dienstag, 27. 4., wird in der Universität Salzburg, Hörsaal 380, Rudolfskai 42, ein Vortrag: „Kein schöner Land“ gehalten. Die Teilnahme wird dadurch ermöglicht, daß ab Vöcklabruck, Hallenbad, um 16.30 Uhr (Abfahrt) ein Autobus zur Verfügung steht. Der Fahrpreis beträgt € 10,- inklusive. Vor dem Vortrag besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an einer Stadtführung. HK

Verband der Südmäher in Oberösterreich

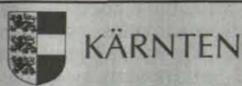
Am 3. April 2004 hielt unser Verband seine diesjährige Hauptversammlung im Kolpinghaus in Linz ab. Unser Obmann Josef Nohel konnte den Bundesobmann-Stellvertreter der SLO Othmar Schaner und den Landesobmann-Stellvertreter der SLO Dr. Günther Kottek begrüßen und sprach seinen Dank für deren Teilnahme aus. Als besonderen Gast konnte Obmann Nohel wie schon vor einem Jahr wieder den Altbürgermeister von Wels und nunmehrigen Präsidenten der internationalen Wels-Messe Karl Bregartner willkommen heißen, der seine Gemahlin zu unserer Veranstaltung begleitete, die unser Mitglied ist. Frau Bregartner ist eine Südmäherin und stammt von der Familie Lustig in Znaim ab. Dann überbrachte Nohel die Grüße unseres Ehrenobmanns Regierungsrat Ludwig Deutsch, der jetzt im Pflegeheim Peuerbach weilt. – Nach der Begrüßung der Anwesenden mußte Obmann Nohel im Totengedenken diesmal acht verstorbene Mitglieder unseres Verbands beklagen, für die er Worte des Gedenkens sprach. – Zum Amtswalter-Bericht des Obmanns Nohel wird Folgendes festgehalten: Am 30. Mai 2003 wurde die Muttertagsfahrt durchgeführt, die diesmal nach Passau ging, wo das Glasmuseum besucht wurde. Dort repräsentieren 30.000 Exponate das weltberühmte „Böhmische Glas“ von 1700 bis ins 20. Jahrhundert, dessen Veredelungskunst und ideenreiche Formenvielfalt hauptsächlich auf sudetendeutschen, aber auch auf bayrischen und österreichischen Namen fußt. Dann teilte der Obmann mit, daß sowohl am 55. Bundestreffen der Südmäher in Geislingen Ende Juli 2003 als auch am Südmäherkirtag in Niedersulz am 17. August 2003 einige Mitglieder unseres Vereins teilnahmen. Am 19. November 2003 fand die Eröffnung der großen Ausstellung „Odsun“ im Ursulinenhof in Linz statt, bei welcher viele unserer Mitglieder anwesend waren und unser Obmann Nohel das Totengedenken ausrichtete. Der Landeshauptmann von Oberösterreich Dr. Josef Pühringer hielt eine Ansprache, in welcher er die Problematik der Benes-Dekrete aufzeigte. „Odsun“ (Abschiebung) nennen die Tschechen die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Am 29. November 2003 nahmen Obmann Nohel und einige unserer Mitglieder an der Jahreshauptversammlung der SLO teil. Am 13. Dezember 2003 wurde unsere Adventfeier veranstaltet, die sehr gut besucht war und vom Sudetendeutschen Singkreis verschönert wurde. Am 21. Februar 2004 fand die ordentliche Generalversammlung des Dachverbandes der Südmäher in Österreich in Wien statt, an der auch der Landschaftsbetreuer und Sprecher der Südmäher Franz Longin teilnahm. Obmann Nohel berichtete, daß ein Thema die Südmährische Kulturstiftung war, die von Ing. Reiner Elsinger, dem Obmann des Kulturvereins Südmäherhof in Niedersulz, ins Leben gerufen wurde. Die Südmährische Kulturstiftung soll der Erhaltung der südmährischen Denkmäler in Österreich (Kreuzberg in Drasenhofen, Südmäherhof in Niedersulz und andere südmährische Heimatstuben) und der Pflege von südmährischem Brauchtum und der Durchführung von kulturellen Veranstaltungen dienen. Am 4. März 2004 fand in Enns eine von der SLO veranstaltete Feier zum Gedenken der Märzgefallenen (4. März 1919) statt, bei der auch unser Verein mit Obmann Nohel und Mitgliedern vertreten war. – Nach diesem Bericht und dem Bericht des Kassiers und der Kassaprüfer wurde von den anwesenden Mitgliedern dem gesamten Verbandsausschuß einstimmig die Entlastung erteilt. Anschließend führte Obmann-Stellvertreter Franz Windhab die Wahl des neuen Verbandsausschusses durch. Es lag nur ein Wahlvorschlag mit den Namen und Funktionen des alten Verbandsausschusses vor, der von den Mitgliedern einstimmig angenommen wurde. Damit galt der alte Verbandsausschuß als wieder gewählt. – Nach der Wahl verlieh Obmann Nohel Verbandsmitgliedern für ihre langjährige Mitgliedschaft eine Treueurkunde, davon sieben Landsleuten für eine 50jährige, einer Landmännin für ihre 40jährige, zwei Landsleuten für ihre 30jährige und vier Landsleuten für ihre 25jährige Mitgliedschaft. – Obmann Schaner konnte die mitgebrachten Plaketten zum jährlichen Sudeten-

deutschen Tag, der heuer am 29. und 30. Mai in Nürnberg stattfindet, absetzen, nachdem er auf die Bedeutung dieser Veranstaltung hingewiesen hatte. Ferner antwortete er auf die pessimistischen Aussagen von Obmann Nohel über den Fortbestand unseres Vereins, daß er solche Äußerungen nicht hören will und daß die Zusammenarbeit bzw. Vereinigungen verschiedener Vereine schon im Gange sind, was er sehr begrüßt. – Nach der Einigung über die Höhe des Mitgliedsbeitrags für das Jahr 2005 teilte Obmann Nohel das Veranstaltungsprogramm für das Jahr 2004 mit (Muttertagsfahrt, Kreuzbergtreffen, Südmähertreffen in Geislingen, Südmäherkirtag usw.) und schloß bei guter Stimmung der Anwesenden den offiziellen Teil der Versammlung. HH



Innsbruck

Zum Treffen der SLO-Innsbruck am 8. April waren trotz der bevorstehenden Ostertage 28 Landsleute ins Café Sacher gekommen. Sieben Heimatfreunde hatten sich entschuldigt. Nach der Begrüßung durch den Obmann und den Glückwünschen an die anwesenden Geburtstagsjubilare wurde unserer Heimatfreundin Anna Gabl besonders gedacht, die genau an ihrem 82. Geburtstag am 1. April verstorben ist. Die Verstorbene, gebürtig aus Smilan bei Iglau, verlebte dort ihre Kindheit. Im Alter von 18 Jahren kam sie bereits nach Innsbruck und wurde hier zur Krankenschwester ausgebildet. In Innsbruck erlebte sie die Vertreibung ihrer Angehörigen aus der angestammten sudetendeutschen Heimat und konnte somit nicht mehr nach Südmähren zurückkehren. In Tirol heiratete sie im Jahre 1951 Franz Gabl und 1963 kam ihre Tochter Ingrid zur Welt. Neben ihrer Familie fand sie bei der Gemeinschaft der Johanniter eine große ehrenamtliche Aufgabe. Im Jahre 1978 verstarb ihr Ehegatte. – Trotz ihrer angegriffenen Gesundheit im letzten Jahr kam sie fast regelmäßig zu den Zusammenkünften der Landsmannschaft. – Eine große Trauergemeinde begleitete sie bei der Beerdigung auf ihrem letzten Weg. Wir werden unsere Heimatfreundin, gemäß dem Spruch am Sterbebild: „Du atmest in uns und blühst in Deinem Garten“, immer ein ehrendes Gedenken bewahren. – Terminverlautbarungen: Frauentreffen im Café Lamprechter am 29. April. Am 5. Mai Ausflug nach Schenna in Südtirol mit Besichtigung der Gärten von Schloß Trauttmansdorff. Abfahrt um 8.30 Uhr beim Löwenhaus, gegenüber dem ORF-Landesstudio. Alle Landsleute und Gäste sind zur Teilnahme herzlich eingeladen. – Bei unserer Zusammenkunft am 13. Mai wird unsere Schriftführerin Erika Riess über ihre sudetendeutsche Heimat – Komotau, Saaz, Brüx, Dux und das Erzgebirge – berichten. – Unseren nachstehenden Geburtstagskindern der ersten Monatshälfte Mai gratulieren wir zu ihrem Ehrentag. Am 7. 5. begeht Dipl.-Ing. Herbert Kittel (Mährisch Schönberg) seinen 82. Geburtstag; Walter Giesswein (Iglau) erreicht am 8. 5. sein 71. Lebensjahr; Margarethe Haid (Böhmisch Leipa) wird am 14. 5. 83 Jahre und Dipl.-Ing. Franz Porsche (Reichenberg-Röchlitz) gratulieren wir am 15. Mai zum 78. Geburtstag. Siegfried Schwarz



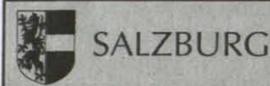
St. Veit a. d. Glan

Am 26. März wurde im Gasthof Nagele unsere Jahreshauptversammlung durchgeführt. Anwesend waren dreißig Personen und wir freuten uns, daß bei der Eröffnung auch Landesobfrau Dreier mit Ehegatten Dr. Dreier und Landesgeschäftsführer Eisel von Obmann Katzer begrüßt werden konnte. Der übliche, bei uns positive Ablauf einer Jahreshauptversammlung war durch die Protokollverlesung, den Finanzbericht, die Kontrolle und Entlastung gegeben. Die Neuwahl findet im Jahre 2005 statt. Es folgten eine Ehrung und das Totengedenken. – Unsere leider derzeit erkrankte Jubilarin Frau Gabriele Friedl, Gründungsmitglied, hat das 90. Lebensjahr erreicht. Mit einer Auszeichnung und einem Geschenk danken wir unserer verdienten Landmännin. Das Totengedenken galt den Opfern für das Selbstbestimmungsrecht am 4. März 1919, der Heimatvertreibung, den Kriegsoffer und den Toten in der alten und neuen Heimat. Unsere Bezirksgruppe trauert um das Gründungsmitglied Frau Schweiger, welche wir in diesem Vereinsjahr verloren haben. – Der folgende Tätigkeitsbericht mit Vereinsschwerpunkten war erfreulich: Es gab einen Mitgliederzuwachs und der Jugendarbeit wird besonderes Augenmerk gewidmet. Es gab zwei erfolgreiche Jugendausflüge; mit sechs Kindern beteiligten wir uns am Bundessommerlager. Wir organisierten eine Omnibusfahrt nach Gurk, eine Zweitage-Bergtour in die Lienzer Dolomiten, nahmen am Sudetendeutschen Tag in Klosterneuburg teil und an der Vertriebenemesse in Klagenfurt. Es gibt gute Kontakte mit der

Stadtgemeinde, der Geistlichkeit und den Vereinen. Totenehrung, Schaukasten, Trachten, Dia-Vorträge, bunte Nachmittage, Mitgliederbetreuung, Pressetätigkeit usw. Der Bericht des Obmannes wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. – Vorgesehene Vorhaben für das Vereinsjahr 2004: Sudetengasse – Einweihung der Gedenktafel am 24. 4. 2004; Teilnahme am Sudetendeutschen Tag in Nürnberg; Bergtour, Ausflüge, Jugend, Sommerlager, Sudetenlandfahrt, Raumausstattung für Sitzungszimmer, Statutenerneuerung, Geschäftsordnung. – Im Schlußwort betonte Obmann Katzer, daß alles unternommen wird, um unsere landsmannschaftliche Stärke und Bedeutung zu erhalten. Die Jahreshauptversammlung mit positivem Verlauf war ein gutes Omen für das Vereinsjahr 2004. E. K.

Bezirksgruppe Villach

Frauen- und Familienkreis: Wir trafen uns am Mittwoch, dem 31. 3., im Hotel „Post“ und hörten zunächst ein April-Gedicht und April-Wettersprüche, die für diesen Monat besonders interessant sind. Oster- und Frühlingsgedichte sowie Osterbräuche aus der Heimat folgten. Die Gedenktage betrafen die Gründung der ersten deutschen Universität in Prag 1348 durch Karl IV., den in Bensen geborenen Schriftsteller Joseph Willomitzer, den aus Datschitz bei Pardubitz stammenden Jugendschriftsteller A. Th. Sonnleitner („Die Höhlenkinder“) und zwei aus Reichenberg, den Komponisten Edmund Nick und den Schriftsteller Herbert Schmidt-Kaspar. Aktuelle Hinweise betrafen die Eingaben einiger Landsleute aus Deutschland und Österreich an den Europäischen Gerichtshof in Straßburg und den Sudetendeutschen Tag zu Pfingsten in Nürnberg, zu dem von Kärnten eine Busfahrt geplant ist. Bitte bis spätestens Anfang Mai anmelden! Diskussionen zu allen Themen lebten die Gesprächsrunde. Unser nächster Treff ist am Mittwoch, dem 5. Mai, wieder um 14.30 Uhr, im Hotel „Post“. Alle Landsleute und Freunde sind herzlich eingeladen. D. Thiel



Neue Anschrift des Landesverbandes Salzburg ab 1. Mai:

5081 ANIF, POSTFACH 22
TELEFON 0 62 46 / 76 4 67

Landesverband Salzburg

Am 5. April dieses Jahres verstarb unser früherer Landesobmann Prof. Dr. Wilhelm E. Mallmann im 87. Lebensjahr. Wir haben ihn am 16. April auf seinem letzten Weg begleitet und werden ihn als stets hochgeschätzten Obmann in steter Erinnerung behalten. Einen Nachruf für diesen wertvollen und beliebten Vorgänger unseres jetzigen Landesobmannes Herbert Mai werden wir in der nächsten Folge der „Sudetendpost“ bringen. – Wie mit unserem Frühjahrsrundschreiben unseren Mitgliedern mitgeteilt wurde, mußten wir aus Kostensparungsgründen unsere Dienststelle in Salzburg, Bayerhamerstraße 47, aufgeben. Wir nennen Ihnen hier nochmals unsere neue Anschrift und bitten, telefonische bzw. schriftliche Mitteilungen an diese Anschrift zu richten: 5081 Anif, Postfach 22, Telefon 0 62 46 / 76 4 67. – Unseren im Mai geborenen Landsleuten und Lesern der „Sudetendpost“ gratulieren wir recht herzlich, wünschen ihnen viel Glück und gutes Wohlbefinden für noch viele gesunde Jahre: Anneliese Starke in Seekirchen am 3., Gertraud Bleckenwagner am 6., Johann Seethaler in Bischofshofen am 6., Helga Klingler in Hallein am 11., Anna Maria Kölbl am 14., Waltraut Löffler am 21., Paula Husty in Hallein am 19., Ing. Helmut Langer in Mittersill am 24., Maria Pripadlo in Hallein am 30. und Anna Steiner in Hallein am 31. E. P.

DEUTSCHLAND

DAV – Sektion Sudeten

Jahresmitgliederversammlung 2004. Zum kalendermäßigen Frühjahrsanfang im März hatte die Sektion Sudeten des DAV zu ihrer Mitgliederversammlung nach Esslingen geladen. Tagungslokal, wie bestens bewährt, das rustikale Brauhaus „Zum Schwanen.“ Von besonderer Wichtigkeit waren diesjährig die satzungsgemäßen Neuwahlen und das 75. Hüttenjubiläum. Vor den Neuwahlen die Jahresberichte 2003 vom 1. Vors. Klaus Svojanovsky und seinen Fachreferenten. Svojanovsky lobte in seinem Bericht die gute und eigenständige Arbeit der Vorstands- und Ausschußmitglieder. Seine Hauptaufgabe sah er bzw. sehe er weiter in der Koordination und Steuerung von Entscheidungen zu Fachthemen und Tätigkeiten. Auch der Kontakt zum Hauptverein und zu befreundeten

Sektionen sowie die Öffentlichkeitsarbeit hatte und habe oberste Priorität. Dies beweise auch den Erhalt des „Umweltgütesiegels“ des DAV für unsere Hütte. Darauf kann die ganze Sektion stolz sein. Wichtig natürlich auch die finanzielle Situation. Schatzmeister Herbert Javitz konnte von einer sehr guten Auslastung der Hütte und von erfolgreicher Spendenwerbung in 2003 berichten. Ein größerer Schaden an der Lastseilbahn durch eine Lawine bereitete demnach auch keine größeren Probleme. Nach diesen Erkenntnissen hatte der Wahlleiter und Ehrenvorsitzende Walther Nimmrichter keine Mühe, den 1. Vorsitzenden Klaus Svojanovsky mit seiner Mannschaft für die nächsten Jahre wieder in die Pflicht zu nehmen. Ausgeführt wurde die Mitgliederversammlung noch durch Totengedenken, Ehrungen der Jubilare, Berichte der Fachreferenten über Aktivitäten auf der Hütte, über Bergwanderungen, Gruppenabende, und die Geschäftsstelle konnte von einer positiven Mitgliederentwicklung berichten. – Zum Schluß ein Appell an alle Teilnehmer, das Hüttenjubiläum vom 23. bis 25. Juli in Osttirol zu besuchen und dafür zu werben. Anziehungspunkte sollen am Freitag ein Heimatabend und am Samstag morgen ein Gedenkgottesdienst in Kals bzw. am Sonntag eine Bergmesse auf der Hütte sein. Ein Faltblatt darüber erscheint im Mai / Anfang Juni. Herbert Sieber

Nikolsburg – Geislingen

Allen Geburtstagskindern im Mai herzliche Glückwünsche, besonders unseren Jubilaren: 96 am 16. 5. Käthe Feller (Henhapl), am 20. 5. Matthias Kapinsky, 95 am 4. 5. Martin Wissmüller, 80 am 5. 5. Josef Schimatschek, am 11. 5. Felizitas Jaeckle (Tschörner), am 21. 5. Erna Wittig (Zögl), am 21. 5. Franz Riha, 75 am 1. 5. Friedrich Feher, am 16. 5. Anna Parstorfer (Vogl), am 17. 5. Theresia Schlagmann (Wiesner), am 24. 5. Karl Seiter, 70 am 17. 5. Gerhard Gutjelka. – Achtung, Nikolsburger, Jahrgang 1929! Das Treffen findet heuer im Gasthaus Scheiterer in Enzersfeld, Hauptstr. 37–39, statt. Zimmer € 22,- bis € 26,- inkl. Frühstück, pro Person. Auf ein gemütliches Beisammensein am Samstag, 12. Juni, ab 15 Uhr, freuen sich Hedi und Rudi Kefeder (A-1110 Wien, Pretschgasse 17, Tel. 769 12 24) und viele andere! K. N.

AUS DER ALTEN HEIMAT

Nordmähren – Adlergebirge

Mährisch-Schönberg. – Einen gemütlichen Nachmittag verbrachten 78 unserer Mitglieder, die sich am 19. März zum ersten Treffen in diesem Jahr einfanden. Außerdem konnten wir auch einen lieben Gast aus Wien, einen ehemaligen Hannsdorfer, begrüßen, den es auch im fortgeschrittenen Alter immer wieder in seine angestammte Heimat zieht. Mit Hilfe von Fahrgemeinschaften gelang es uns, eines der ältesten Mitglieder, die 93jährige Frau Elisabeth Knoll, an der Veranstaltung teilnehmen zu lassen. Nach verschiedenen humorvollen Vorträgen zur Auflockerung der Stimmung im Saal, gingen wir zum offiziellen Programm über. Es wurden Anmeldungen zu zwei uns angebotenen Reisen entgegengenommen. Lesematerial lag zur Mitnahme bereit und bei der Kassierin wurden noch ausstehende Mitgliedsbeiträge abgeliefert. Eine Achtzigerin, Frau Josefa Jelinek, erfreute mich wie immer mit einem Straußchen der ersten Frühlingsblümchen und ich spielte ihr zur Freude ihr Lieblingslied „La Paloma“. Weitere Sangesfreudige bekundeten ihre Wünsche und so klang unser Treffen mit bekannten Volksliedern aus. Allen Helfern ein herzliches Dankeschön. – **Neutitschein** – Es sollte unser erstes Frühlingstreffen in diesem Jahr im Kuhländchen sein, aber die von Schnee bedeckte Natur erinnerte eher an Weihnachten und viele unserer Mitglieder aus nah und fern sahen sich dadurch an der Anreise nach Neutitschein behindert. Immerhin kamen 30 Mitglieder, aber das Ausbleiben anderer wurde durch eine große Überraschung ersetzt, auf die ich noch zurückkommen werde. Durch ein Blumengebinde und VdD-Ehrenurkunde wurde die langjährige Kulturreferentin und Gründungsmitglied Gerti Adamek geehrt, und Frau Schuba, die ebenfalls Gründungsmitglied ist, wurde zum Achtziger gratuliert. Die Vorsitzende, Frau Kosler, bedankte sich im Namen aller Mitglieder bei der SL-Heimatlandschaft Kuhländchen in Deutschland für deren Beistand und Unterstützung sowie auch für die Förderung durch die Deutsche Botschaft. Anlässlich bevorstehender Neuwahlen in die Landesversammlung wurde wieder Herr Bill als Delegierter gewählt. Wie schon immer, bereicherte Frau Adamek unser Treffen durch Rezitation von Gedichten und Geschichten aus dem Kuhländchen, wobei die Stimmung recht heiter wurde. Und die oben erwähnte große Überraschung? Am Randtschplatz saß ganz bescheiden ein jüngerer, unbekannter Herr und verfolgte aufmerksam den Ablauf der Versammlung. Der Vorsitzenden, Frau Kosler, war dieser Herr auch unbekannt. Ganz zuletzt, vor Abschluß der Versammlung, meldete sich dieser Herr in perfektem Deutsch zu Wort: „Ich bin der Bürgermeister aus Bodenstadt (Potstat),

Rajmund Slama, ich bin sudetendeutscher Abstammung und möchte mit Euch mitmachen und biete meine Hilfe an! Alle staunten und der Applaus wollte kein Ende nehmen. Frau Kosler reagierte sofort mit dem Gedanken, einen potentiellen Nachfolger für ihre Funktion zu bekommen und Bürgermeister Slama gab eine zustimmende Antwort. Scheinbar ist es nicht ausgeschlossen, daß eine VdD-Ortsgruppe einmal einen Bürgermeister deutscher Abstammung als Vorsitzenden hat. Und ich erinnerte mich an ein Telefongespäch, das ich vor einem Jahr hatte, als sich ein Herr Slama aus Bodensdorf bei mir über das deutsche Verbandsleben im Kuhländchen erkundigte, ohne eine Ahnung zu haben, daß es der Bürgermeister ist. – **Januschendorf** – Ingeheim hatten wir uns gefreut, in der fast unberührten Natur den Frühling zu entdecken, doch als wir an diesem 24. März unserem Ziel, Januschendorf, zu streben, grüßten uns die umliegenden Hügel mit einer weißen Mütze. Ein scharfer Wind blies uns entgegen, als wir aus den Autos stiegen, so daß wir uns beeilten, in die warme Stube zu kommen. Unter den 16 Kindern waren diesmal nur drei Jungen. Nach der Einquartierung und dem Abendessen wurde der Lehrplan besprochen. Mit Gesellschaftsspielen klang der erste gemeinsame Abend aus. – Am Samstag morgen erwarteten wir unsere Wiener Lektoren, die auch pünktlich eintrafen. Als die fünf ihren Wagen verließen, folgte ihnen als Letzter ein schwarzer Labrador, der schwanzwedelnd die Bekanntschaft mit uns machte. Inga wurde bald zum erklärten Liebling aller Kinder und unser ständiger Begleiter. Die Hündin nahm gerne am Unterricht teil und bekam natürlich unzählige Streicheleinheiten. Sie ließ alles mit stoischer Ruhe über sich ergehen und stellte sich ohne Widerspruch als Lernobjekt zur Verfügung. Der Lernerifer der Kleinsten überraschte mich. Nach der Pause waren sie schon vor mir auf ihren Plätzen. Wir wiederholten kurz den letzten Stoff und wandten uns weiteren interessanten Themen zu. Dem Frühjahr entsprechend, übten wir ein Liedchen ein und lockerten den Unterricht mit Kinderspielen und Tänzen auf. Die Zeit war immer schnell um. – Am Samstag nachmittag konnten wir dann einen kleinen Zoo besichtigen. Außer den Kühen, Pferden und Schweinen gab es diesmal noch Wildschweine, Wildenten und kleine Wolfshunde zu bestaunen. – Die zwei Gruppen der größeren Kinder hatten auch intensiv gearbeitet und hatten sich als Überraschung etwas Besonderes ausgedacht. Doch davon später. Nach dem Abendessen begann das Abendprogramm. Zunächst gab es einen Wettbewerb mit verzwickten Testfragen, wobei die Gruppe der „Tschechischen Armee“ den Sieg für sich verbuchen konnte. Danach wurden geschwind zwei Tische umgekippt und die Szene für ein Puppentheater vorbereitet. Sechs Kinder spielten mit Erika und Martin ein Stück, dessen Thema der Deutschkurs war. Die lustigen Handpuppen steigerten noch die Begeisterung der Zuschauer. Im Saal war es mucksmäus-

chenstill. Als sich nach der Vorstellung die Akteure samt Puppen zeigten, dankte es ihnen das Publikum mit frenetischem Applaus. Die Idee kam von Erika und der Erfolg gab ihr recht. – In der Nacht schneite es. Beim Abschied von Januschendorf war es immer noch sehr kühl. Und doch war es uns warm ums Herz, denn wir haben mit unseren Kindern wieder ein Stück Weg zurückgelegt, und wie heißt es doch – ein Volk geht nicht unter, solange seine Sprache lebt. – **Tanndorf** – Aus dem Winterschlaf erwacht, trafen sich am 25. März wieder die Mitglieder unserer jüngsten Verbandsgruppe im oberen Adlergebirge, im Katholischen Diözesanzentrum Tanndorf. Bisher war jede meiner Fahrten ins obere Adlergebirge mit einem „Abenteuer“ verbunden und auch diesmal war es nicht anders. Bei Frühlingswetter von Mährisch-Schönberg weggefahren, blieb der vollbesetzte Bus kurz vor Tanndorf auf verschneiter Straße mitten im Wald stehen und an ein Weiterfahren war nicht zu denken. Wohl ahnend, kam die Rettung sehr schnell durch einen Geländewagen vom Diözesanzentrum. Obwohl extremes Winterwetter herrschte, kamen 90 Prozent der Mitglieder zu diesem Treffen, und durch eine Schweigeminute wurde eines verstorbenen Mitgliedes gedacht. Gleichzeitig konnten aber auch zwei neue Mitglieder begrüßt werden. Der Direktor des Diözesanzentrums, Pfarrer Rousek, begrüßte mit einem herzlichen Willkommen unsere Mitglieder und bedankte sich „bei uns Deutschen“ für eine Förderung durch den Deutsch-tschechischen Zukunftsfonds für das Diözesanzentrum, in dem nun unsere Mitglieder ein „zu Hause“ gefunden haben. Herr Galle gab als Delegierter der Landesversammlung einen Bericht über die letzte Tagung der LV, verbunden mit der Werbung für die Landeszeitung, und die Vorsitzende Frau Remesch ermahnte uns, zusammenzuhalten, was sowieso die relativ hohe Anzahl der Anwesenden aus weiter Umgebung bekräftigte. Die Tische füllten sich mit Kuchen und der Herr Pfarrer spendete freundlicherweise Getränke. Das Singen deutscher Volkslieder, begleitet mit dem Schifferklavier, überraschte auch das junge Personal des Diözesanzentrums, und als wir uns verabschiedeten, sagte mir der junge Hausverwalter, wir sollten öfters hinkommen, und dieser aufrichtig gemeinte Wunsch geht schon am 6. Mai in Erfüllung. Hoffentlich verläuft dann die Anreise ohne „Abenteuer“, denn der Berggeist im Oberen Adlergebirge ist unberechenbar und treibt seinen Schabernack das ganze Jahr hindurch, er meint es aber gut mit uns, denn wenn ich einmal behauptet habe, es geht im Oberen Adlergebirge aufwärts, so stimmt das auch.

Inge Cäsar / Walter Sitte



DIE JUGEND BERICHTET

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25, Tel. / Fax 01 / 718 59 13
Internet: www.sdjoe.at E-Mails: office@sdjoe.at

Bundesverband

Mit den Benes-Dekreten Mitglied der EU. – Vorangestellt sei, daß wir grundsätzlich der Auffassung sind, daß sich Europa seiner historischen Wurzeln besinnt und immer näher zusammerrückt. Die kulturelle und wirtschaftliche Einheit Europas ist uns immer ein besonderes Anliegen gewesen. Hier haben gerade die deutschen Heimatvertriebenen einen großen Anteil geleistet und eine besondere Vorreiterrolle gespielt. Bereits in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. 8. 1950 – also bereits fünf Jahre nach dem Beginn der fürchterlichen Vertreibungen – wurde unter anderem auf Rache und Vergeltung verzichtet, wird auf die europäische Lösung der Probleme verwiesen. Die gegen die Sudetendeutschen und Ungarn gerichteten Dekrete sowie das Straftatenrechtgesetz vom 8. Mai 1946 (Amnestiegesetz) sind noch immer Bestandteil der Rechtsordnung der Tschechischen und Slowakischen Republik. Bisher gibt es kein Abrücken davon, wie Urteile in aktuellen Rückerstattungsverfahren beweisen – da wird immer wieder auf die Dekrete verwiesen. Obwohl dies den Parlamentariern des Europäischen Parlaments in Brüssel bzw. Straßburg sowie allen Parlamenten der Mitgliedsstaaten der EU bekannt war, gab es nur wenige Stimmen, die auf die Dekrete, die gegen internationales Recht und vor allem gegen die Menschenrechte verstoßen, hinweisen und gegen eine Aufnahme der oben genannten Staaten gestimmt haben. Damit wurden auch die sogenannten Kopenhagener Beschlüsse, u. a. „jegliche Verstöße gegen internationales Recht und die Menschenrechte sind Kriterien für eine Nichtaufnahme in die EU“ (Anm. kurzgefaßt) ad absurdum geführt. Böhmern und Mähren waren immer ein besonderer Bestandteil Mitteleuropas und da vor allem des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der König von Böhmen war sogar Kurfürst, das heißt, er war zur Wahl des Deutschen Königs berufen, ein Privileg, das nicht alle Herrscher hatten! Jetzt können die Prager und Preßburger Machthaber wieder in Europa mitbestimmen und auch wählen. Da sollten aber vorher die Hausaufgaben gemacht werden – darum weg mit den die Sudetendeutschen und Ungarn diskriminierenden Bestimmungen der Benes-Dekrete! – Der Österreichische Nationalrat hat im Rahmen der Ratifizierung der Beitrittsverträge mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ gefordert, die Gespräche mit der Tschechischen Republik auch über das Beitrittsdatum hinaus fortzusetzen, um unter Einbindung der betroffenen Interessensvertretungen eine menschenrechtskonforme Lösung zu erzielen. Wir hoffen, daß dem bald Rechnung getragen wird, denn ein Beschluß sollte auch eingehalten werden! – Sportwettkämpfe in Traun bei Linz: Am Sonntag, dem 16. Mai, finden in Traun bei Linz diese Jedermann-Wettkämpfe statt, woran jeder teilnehmen kann. Das Alter ist völlig egal, ab zirka drei Jahre aufwärts bis weit über 80 Jahre, beiderlei Geschlechts. Eine sudetendeutsche Herkunft oder Abstammung ist zum Mitmachen nicht nötig. Nehmt daher auch Eure Freunde und Bekannten mit. – Pflingsttreffen der Sudetendeutschen Jugend in Nürnberg: Vom 29. bis 30. Mai findet im Rahmen des Sudetendeutschen Tages in Nürnberg das Pflingstreffen der Sudetendeutschen Jugend und deren Freunde statt. Übernachtungsmöglichkeiten bestehen am Campingplatz der Stadt Nürnberg. Es gibt Kinder- und Jugendveranstaltungen sportlicher und kultureller Art, einen Wissensnachweis, einen Pflingstanz mit gemütlichem Beisammensein, das Böhmische Dorffest (mit unserem Info-Stand) in der Messehalle 9, mit einem Kinderland, dem Einzug zur Hauptkundgebung usw. Dazu seid Ihr alle recht herzlich eingeladen, nehmt auch Eure Freunde mit. Von etlichen Punkten Österreichs (ab OÖ., der Steiermark, Kärnten, Salzburg, NÖ, und Wien) gibt es voraussichtlich Mitfahrgelegenheiten – wir werden darüber noch berichten. Verleben wir gemeinsam ein schönes Pflingstwochenende in einer frohen Gemeinschaft. Meldet Euch bei uns sofort an, wir senden Euch die Ausschreibung zu! – Sommerlager vom 10. bis 17. Juli in

Kaindorf bei Hartberg in der Steiermark: Für junge Leute von zirka sieben bis 16 Jahre aus ganz Österreich – meldet Euch sofort an! Werte Landsleute, Freunde und Leser der „Sudetendpost“: Wir benötigen dringend die Anschriften samt Geburtsdaten von Kindern im Alter von zirka fünf bis 16 Jahre aus ganz Österreich zwecks Information für das diesjährige und für kommende Sommerlager. Ohne diese Anschriften wird es immer schwieriger, diese Ferienmaßnahme in entsprechender Form weiterzuführen. Mit Ihrer Hilfe müßte dies doch möglich sein. Dies gilt auch für Anschriften (mit Geburtsdaten) von jungen Leuten ab dem 15. Lebensjahr aufwärts bis etwa 28 Jahre. Diesen wird kostenlos unser „Rundbrief“ der SDJÖ zugesandt, damit die jungen Leute sehen, was wir zu bieten haben. Wir arbeiten im Rahmen der sudetendeutschen Volksgruppe für unsere Anliegen, aber auch für die allgemeinen Angelegenheiten der jungen Menschen in Österreich. Helfen Sie uns dabei – senden Sie uns die Anschriften so rasch als möglich zu – Danke für Ihre wertvolle Mithilfe. Wenn jemand aus seiner eigenen Familie die Kinder, Jugendlichen und jungen Leute uns bekanntgibt, dann ist das nicht viel Mühe und uns wäre sehr geholfen.

Landesgruppe Wien

Zusammenkünfte sind jeden Mittwoch, ab 19 Uhr, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. – Weitere Veranstaltungen stehen bevor: Am 16. Mai finden in Taun bei Linz die Sportwettkämpfe statt und am Pflingstreffen der SDJ in Nürnberg nehmen wir ebenfalls teil. Wir machen Gemeinschaftsfahrten – wir ersuchen um baldige Anmeldungen aller Interessierten (auch von Euren Freunden). – Vergeßt nicht auf die Teilnahme am Sommerlager in der Steiermark. – Die Muttertags- und Vaternags-Autobusfahrt findet am Donnerstag, dem 20. Mai (Feiertag), statt. Dazu sind alle Freunde, Kameraden, Kinder, Schüler, Eltern und Großeltern recht herzlich eingeladen (Freunde können auch mitgenommen werden). Wir fahren mit einem modernen Autobus. Bitte um dringende Anmeldungen.

Landesgruppe Niederösterreich

Am Sonntag, 2. Mai, findet in Maria Dreieichen die Südmährer-Wallfahrt statt (10 Uhr). Anschließend gibt es Heimattreffen für die erwarteten mehr als 2000 Südmährern und die anderen sudetendeutschen Landsleute. – Alle Freunde und Interessierten sind zur Autobusfahrt am 20. Mai herzlich eingeladen, dringende Anmeldungen erforderlich (siehe unter Wien). Dies gilt auch für die Wettkämpfe in Taun (16. 5.) sowie für das Pflingstreffen im Rahmen des Sudetendeutschen Tages in Nürnberg. Es werden Gemeinschaftsfahrten durchgeführt. Anfragen an die Sudetendutsche Jugend, Tel./Fax: (01) 718 59 13.

Landesgruppe Oberösterreich

In Traun finden am Sonntag, dem 16. Mai, die diesjährigen Sportwettkämpfe für jedermann, gleich welchen Alters, statt. Alle sportlich Interessierten sind zur Teilnahme aufgerufen. – Unser Maitanz-Volkstanzfest findet am Samstag, dem 15. Mai, in Wels, Pfarrsaal der Pfarre Lichtenegg, Garnisonstraße / Königseckerstraße, von 20 bis 24 Uhr, statt. Dazu laden wir alle Freunde und alle Landsleute sowie alle Volkstanzbegeisterten schon jetzt recht herzlich ein. – Wir fahren zum Sudetendeutschen Tag zu Pflingsten nach Nürnberg. Es wird eine Tagesfahrt am 30. Mai durchgeführt. Junge Leute melden sich dazu bei Rainer Ruprecht, Tel.: von 9 bis 15 Uhr: 0 72 43 / 52 2 52. Die älteren Landsleute tätigen ihre Anmeldungen bei Gertraud Schaner, Tel.: 0 72 42 / 47 1 50. Denkt auch an eine Teilnahme am Sommerlager vom 10. bis 17. Juli in der Steiermark.

Arbeitskreis Südmähren

Am Sonntag, dem 2. Mai, treffen wir einander bei der Südmährer-Wallfahrt in Maria Dreieichen. Alle Trachtenträger sind zur Teilnahme aufgerufen. Beginn ist um 10 Uhr mit dem Fahneinzug zur Messe, anschließend finden die Heimattreffen statt. – Heimabend am Dienstag, dem 4. Mai, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG, unter dem Motto „Der Mai ist gekommen“, mit Liedern und Volkstanz für jedermann. – Das 6. Verbands-Maifest wird am Samstag, dem 15. Mai, im „Haus der Heimat“ durchgeführt, Näheres in der nächsten „Sudetendpost“. – Bitte vormerken und rasch anmelden: Wir fahren zum Sudetendeutschen Tag zu Pflingsten nach Nürnberg – Näheres beim nächsten Heimabend des Arbeitskreises am 4. Mai. – Muttertags- und Vaternagsfahrt am Donnerstag, dem 20. Mai (siehe Wien) – dazu seid Ihr alle recht herzlich zum Mitfahren eingeladen.

Spenden für die „Sudetendpost“

- 2,00 Hedwig Holzer, Böheimkirchen
- 2,00 Heinz Mally, Linz
- 4,00 Gustav Filla, Wels
- 4,00 Johanna Fritz, Gleisdorf
- 4,00 Gerhard Heger, Wien
- 4,00 Gertrude Jesser, Wien
- 4,00 Christa Scharf, Enns
- 4,00 Maria Schedl, Wien
- 4,00 Gertrud Schiste, Wien
- 4,00 Herbert Schneider, Königstetten
- 4,00 Eva Schwarz, Linz
- 4,00 Wilhelm Soukup, Stadl a. d. Mur
- 4,00 Horst Wenzel, Buchkirchen
- 4,00 Konrad Zwickler, Traun
- 4,20 Dir.-Rat Franz Kreuss, Hollabrunn
- 5,20 Dkfm. Hubert Herran, Höchst
- 8,00 Alois Schadl, Riegersburg
- 9,00 Erika Bestereimer, Wels
- 9,00 Franz Filipisky, Geras-Fugnitz
- 9,00 Frana Hermann, Draßmarkt
- 9,00 Karin Heubusch, Sraing
- 9,00 Edmund Lamp, Mürzzuschlag
- 9,00 Wilhelm Schiffer, Traun
- 10,00 Charlotte Springer, Wien
- 11,00 Maria Wallner, Neukirchen/Vöckla
- 14,00 Ing. Kurt Kratschmer, Wien
- 15,00 Med.-Rat Dr. Wolfgang Falb, Wels
- 19,00 Erich Dollansky, Wien
- 19,00 Josef Kern, Wien
- 19,00 Franz Mayer, Wien
- 19,00 Walter Wagner, Wien
- 25,00 Helmut Kudernatsch, D-Ilmenau
- 39,00 Dr. med Wilfried Jilly, Klagenfurt

Die „Sudetendpost“ dankt den Spendern herzlich!

BESTELLSCHEIN FÜR DIE **Sudetendpost**

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:
„Sudetendpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____

Straße: _____

Pfz: _____ Ort: _____ Telefon: _____

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 31,00, inkl. 10 % Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 37,50. Übersee: € 54,00. – Postsparkassenkonto Nr. 7734.939 Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

08 – 2004

Redaktionsschluß

Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, acht Tage vor dem Erscheinungstermin. Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Später eingelangte Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.

Folge 9	6. Mai	Red.-Schluß	29. April
Folge 10	27. Mai	Red.-Schluß	19. Mai
Folge 11	9. Juni	Red.-Schluß	3. Juni
Folge 12	24. Juni	Red.-Schluß	17. Juni
Folge 13/14	8. Juli	Red.-Schluß	1. Juli
Folge 15/16	5. August	Red.-Schluß	29. Juli
Folge 17	2. September	Red.-Schluß	26. August
Folge 18	16. September	Red.-Schluß	9. September
Folge 19	7. Oktober	Red.-Schluß	30. September
Folge 20	21. Oktober	Red.-Schluß	14. Oktober
Folge 21	4. November	Red.-Schluß	28. Oktober
Folge 22	18. November	Red.-Schluß	11. November
Folge 23	2. Dezember	Red.-Schluß	25. November
Folge 24	16. Dezember	Red.-Schluß	9. Dezember

Sudetendpost

Eigentümer und Verleger:
Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592, Obmann: Karl Koplinger, Geschäftsführer: Ing. Peter Ludwig, Alle in 4040 Linz, Kreuzstraße 7. Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland € 31,00, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 37,50, Übersee: € 54,00; Einzelpreis: € 1,38, Postsparkassenkonto 7734.939, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nr. 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:
Medieninhaber:
Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.
Grundlegende Richtung:
Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Pressezeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

Heimat verspielt?

Bereits am 6. März 1982 schrieb der Hochschullehrer für Geschichte Prof. Dr. H. Diwald in der Zeitung „Die Welt“: „Deutschland schleppt sich seit mehr als einem Jahrhundert in dem würdelosesten Zustand seiner Geschichte dahin. Seit Jahr und Tag leben wir in einer Atmosphäre beständiger Irreführungen und Entstellungen, verdeckter und als demokratische Motivbilder aufgeputzter Unwahrheiten.“

Hat sich daran bis heute – in weiteren zweiundzwanzig Jahren! – etwas geändert?

Täglich und ununterbrochen wird dem deutschen Volk wegen der Untaten von Geistesverwirrten in der nationalsozialistischen Diktatur ein immerwährendes Schuldgefühl eingesugert, als müßten wir ohne Rücksicht auf persönliche Schuld noch ewig büßen. Diese Verleumdungs- und Irreführungsstrategie – von Volksvertretern gestützt und geduldet – hat an Intensität und Maßlosigkeit eher zugenommen. Besonders zu leiden unter diesem geisterhaften falschen Treiben haben die „Heimatlosen“, die „Entrechteten“, die aus ihrer angestammten Heimat völkerrechtswidrig Vertriebenen, die Sudetendeutschen, die in die nationalsozialistischen Machenschaften hineingedrängt wurden, ohne eine Möglichkeit zu sehen, dagegen etwas tun zu können.

Wie ist das Verhalten der Tschechen während der Okkupation Hitlers zu werten? Würde das Land ernsthaft verteidigt? Nein! Wahrscheinlich wurde die Sinnlosigkeit einer Gegenwehr erkannt. Die Tschechen mußten sich, wie auch die Sudetendeutschen, dieser Gewalt unterwerfen. Wo bleibt nun die gerechte humane Gleichwertung?

Der auch in Deutschland in erschreckender Weise zunehmende Mangel an Rechts- und Verantwortungsbewußtsein kommt ganz besonders in unserer politischen Führungsebene zum Ausdruck.

Die den Menschen unter der SED-Diktatur innewohnende, aber offiziell verbotene, nach der Wiedervereinigung jedoch erwachende Heimatsehnsucht paßt wahrscheinlich nicht in das politische Gesinnungsbild unserer Politiker.

Zur Beruhigung und Unterdrückung der Heimatverbundenheit hat in den neuen Bundesländern jeder Vertriebene ohne Berücksichtigung des Besitzstandes in der Heimat eine Vertriebenenzuwendung – besser ein grundgesetzwidriges „Schweigegeld“ – von DM 4000,- erhalten. Dieses „Schweigegeld“ hat mit dem teilweise in den alten Bundesländern ausgezahlten Lastenausgleich gar nichts zu tun! Es steht dazu in keinem Zusammenhang. In einem Schreiben vom Bundesministerium der Finanzen heißt es: „Um das Schicksal der Vertriebenen, die nach der Vertreibung ihren ständigen Aufenthalt im Gebiet der früheren DDR begründet und ihn dort bis zum 3. Oktober 1990 ununterbrochen beibehalten hatten, zu würdigen, hat der Gesetzgeber das Vertriebenenzuwendungsgesetz erlassen.“

Weiter heißt es: „Die geltende Rechtslage in Tschechien gewährt nach Kenntnis der Bundesregierung keinen Anspruch auf Rückübertragung an die ursprünglichen Eigentümer bzw. deren Erben.“

Eine Zuwendung von ein paar Milliarden DM von unseren Steuergeldern war also leichter zu beschaffen, als sich mit der völkerrechtswidrigen Rechtsauffassung Tschechiens auseinanderzusetzen.

Ist das ein Trost für die Heimatvertriebenen?

Wo finden die Heimatvertriebenen eine Unterstützung für ihr gerechtes Verlangen nach Rückgabe ihres völkerrechtswidrig geraubten Landes? Wo bleibt bei unseren Politikern und den Vertretern der Vertriebenen die patriotische Willensbildung dazu?

Dipl.-Ing. Friedbert Michel, D-Ostfildern

Trick?

Leserbrief zu dem Beitrag von Dr. Hilf: „Auf einen Trick hereingefallen“, in der „Sudetenspost“, Folge 6, vom 25. März 2004.

Unser sehr verdienter und stets streitbarer Landsmann Dr. Rudolf Hilf beschäftigt sich in der „Sudetenspost“, Folge 6 / 2004 ausführlich mit der Entschlebung der XIII. Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 28. / 29. Februar 2004 zum Beitritt der Tschechischen Republik zur Eu-

Tribüne der Meinungen

ropäischen Union und zu der europäischen Rechts- und Wertegemeinschaft. Nachdem er den ersten Teil des Inhalts dieser einstimmig verabschiedeten Entschlebung zunächst würdigend zusammenfaßt, stockt ihm plötzlich der Atem. Mit ihrer Aussage „Die Bundesversammlung sieht ... in der Erklärung der Regierung der Tschechischen Republik vom 19. Juni 2003, in der die ‚Ereignisse und Taten‘ nach dem Zweiten Weltkrieg als ‚aus heutiger Sicht nicht hinnehmbar‘ bezeichnet werden, einen ersten Schritt zu einer Entspannung der deutsch / sudetendeutsch-tschechischen Problemlage, betrachtet ihn jedoch nach wie vor als unzureichend“, seien die knapp hundert Abgeordneten „auf einen Trick hereingefallen“. Sie hätten damit akzeptiert, daß die tschechischen Verbrechen gegen zwingendes Völkerrecht und schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte im Zusammenhang mit der Vertreibung der Sudetendeutschen „in damaliger Sicht eben ‚annehmbar‘, das heißt gerechtfertigt waren“, so das scharfe Urteil von Rudolf Hilf.

Was aber steht in der Entschlebung der Bundesversammlung unmittelbar nach dem von Rudolf Hilf kritisierten Satz? „Sie verweist demgegenüber darauf, daß die Vertreibung, Enteignung und alle damit verbundenen Massaker, Verfolgungen und Diskriminierungen... schon in den Jahren 1945 / 46 nach innerstaatlichem tschechischem Recht ebenso wie nach internationalem Recht ein Verstoß gegen die Menschenrechte waren. Dieses fortgeltende Unrecht steht nach wie vor zwischen den Tschechen und den Sudetendeutschen. Es muß friedlich in europäischer Gesinnung zum Wohl aller Betroffenen geheilt und wieder gutgemacht werden.“ Was ist daran auszusetzen? Und warum verschweigt Rudolf Hilf diese Sätze den Lesern der „Sudetenspost“?

Offensichtlich haben die Mitglieder der Bundesversammlung den Entschlebungstext vor der Beschlußfassung genauer – und vor allem bis zum Ende – durchgelesen als Rudolf Hilf vor seiner kritischen Reaktion. Aber zu einem „ersten Schritt“ gehört eben immer ein zweiter; das gilt für die sudetendeutschen Forderungen gegenüber der Tschechischen Republik und auch für das Studium von Entschlebung. Dr. Günter Reichert, Bad Honnef
Vors. d. Heimatpolitischen Ausschusses der XIII. Bundesversammlung der SL

Gegensätze

Die US-Repräsentanten haben am 2. Februar 2004 mit der Verabschiedung der Gesetzesvorlage HR 56 den Menschenrechten einen großen Dienst erwiesen. Antideutsche, -italienische und -japanische Diskriminierungen, gesetzlich erlaubt seit dem 19. Februar 1942 durch die von Präsident Roosevelt unterzeichnete EO 9006, werden damit gesetzwidrig. Die tschechischen Parlamentarier haben am 24. Februar 2004 mit der Verabschiedung der Gesetzesvorlage „Er hat sich um den Staat verdient gemacht“ den Menschenrechten wieder einmal einen Bärendienst erwiesen. Das taten sie bereits am 9. April 2003, als sie die von dem nun gesetzlich geschützten „verdienten Staatsmann“ erlassenen Dekrete / Gesetze, die den Völkermord an den Sudetendeutschen legitimierten, einstimmig zum „Unabänderlichen Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung“ erklärten.

Goethes frühe Erkenntnis „Du, glückliches Amerika, hast es besser!“ hat nach wie vor Gültigkeit.
Rudolf Pueschel,
Mountain View, Kalifornien, USA

Wertvoll

In der Ausgabe der F.A.Z. vom 21. Jänner 2004 wurde von dem amerikanischen Historiker Prof. Norman M. Naimark ein sehr wertvoller Bericht unter dem Titel „Strategische Argumente“ veröffentlicht. Er beschreibt die großen Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg von mehr als fünfzehn Millionen Deutschen aus ihren Siedlungsgebieten Ostdeutschlands, Mittel- und Südosteuropas, wie es kaum ein deutscher Historiker objektiver machen würde, und deshalb Dank dem Verfasser und der F.A.Z. für die Veröffentlichung, die jeder, der Deutsch kann, lesen sollte.

Unklar beantwortet er die Frage ethnischer Säuberung und Völkermord. Soweit Ostdeutschland in Frage kommt, kann von einer ethnischen Säuberung nicht gesprochen werden und ähnlich war es im Sudetenland, wo große Gebiete, die zum Deutschen Reich gehörten, jahrhundertlang hauptsächlich mit Deutschen besiedelt waren. In Südosteuropa gab es geschlossene, jedoch kleine deutsche Siedlungsgebiete in Fremdstaaten, wo die Bezeichnung ethnische Säuberung angewendet werden kann. In allen Fällen war es jedoch Völkermord im Sinne von Volksgruppen, und hier haben sich die Großmächte USA, England und die Sowjetunion schuldig gemacht. Man hat Transporte zusammengestellt und dann in den verschiedenen Teilen Deutschlands eingewiesen, wobei Familien, Sippen und Dorfgemeinschaften zerrissen und praktisch vernichtet wurden.

Als Historiker befaßt sich Professor Norman M. Naimark wohl nicht mit den Menschenrechten, die auch als Naturrechte bezeichnet werden. Unter diesem Gesichtspunkt waren die Vertreibungen auch Völkermord.

Erwähnen sollte man hier die Resolutionen des US-House of Representatives Nr. 557 vom 9. Oktober 1998 und 562 vom 13. Oktober 1998, worin klar und deutlich die Vertreiberstaaten aufgefordert werden, umgehend Gesetze zu erlassen, die es ermöglichen, daß Flüchtlinge oder Heimatvertriebene in ihre angestammte Heimat zurückkehren dürfen, ganz gleich, welche Staatsangehörigkeit sie besitzen oder behalten wollen. Der enteignete Besitz ist rückzuerstatten, und falls dies nicht mehr möglich ist, eine angemessene Entschädigung zu leisten.

Karl Hausner, Illinois, USA

Italien als Vorbild

Zwar nimmt Italien nicht in jedem Fall eine Vorbildfunktion ein, doch was das Gedenken an Verstorbene angeht, könnte sich Deutschland daran ein Beispiel nehmen.

Das einstmals mit Deutschland verbündete Italien wechselte nach dem Sturz Mussolinis die Fronten und mußte – da nach wie vor von den Alliierten als Feindstaat angesehen – Istrien, Fiume und andere ehemals italienische Gebiete an Jugoslawien abtreten. Dieser Gebietsverlust hatte die Vertreibung der dort ansässigen italienischen Bevölkerung zur Folge. Man spricht von zirka 350.000 Personen. Hinzu werden noch einige Tausend Ermordete gezählt. Dieser „ethnischen Säuberung“ fielen auch etwa 130.000 der deutschen Volksgruppe angehörige Menschen zum Opfer.

Nachdem es in Italien bereits einen Gedenktag für die Opfer des jüdischen Holocaust gibt, wurde seitens der Alleanza Nazionale (AN) mit Zustimmung anderer Parteien der 10. Februar zum Gedenktag für die Opfer der Jugoslawien-Vertreibung bestimmt. Unabhängig von Parteizugehörigkeit, ob Faschist oder Kommunist – so die italienischen Parteien –, handle es sich um Menschen, die im Tode alle gleich zu behandeln seien und derer man folglich gedenken solle.

Unsere Politiker verschließen die Ohren vor Forderungen nach einer Gedenkstätte für deutsche Vertriebene; von einem Gedenktag erst gar nicht zu reden. Bei uns sind die Menschen weder vor dem Gesetz noch im Tode „alle gleich“. Eleonora Bolter, D-Karlsruhe

Nicht resignieren!

Erfreulich der Bericht über die Möglichkeit, eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, wegen der Verbrechen der Tschechen, begangen an den Sudetendeutschen, einzureichen. Sicherlich ist bei den meisten Betroffenen die Meinung vorherrschend, daß nach den bisherigen Erfahrungen (bereits erfolgte und abgewiesene Klagen bei tschechischen Gerichten) es keinen Sinn hätte, dieses Problem weiterhin zu verfolgen. Dem ist – wie in der „Sudetenspost“ berichtet wurde – nicht so, und ich finde – wenngleich die Erfolgsaussichten nur 50 zu 50 stehen – daß man diesen Vorschlag unbedingt ergreifen soll.

Natürlich wird es für manche Vertriebene bzw. deren Nachkommen nicht leicht sein, für die Einbringung der Klage € 1000,- zu hinterlegen, so daß sich die Anzahl der klagenden Personen wohl in Grenzen halten wird. Die bis jetzt genannte Zahl von 77 Beteiligten wird sich aber sicherlich erhöhen. Jedenfalls kann man auf den Ausgang dieser Klagen sehr gespannt sein, besonders wie sich die in Straßburg fungierenden Richter bei diesem „heißen Eisen“ verhalten werden.

Ein negativer Bescheid, mit dem Hinweis auf die damals vorliegenden Beneš-Dekrete bzw. auf die Rechtsordnung Tschechiens oder gar eine Behauptung, daß die Sudetendeutschen Schuld an der Zerschlagung der Tschechoslowakei hatten, wäre ein Affront gegen jegliche internationale Rechtsnormen.

Ein großes Lob gebührt Frau Lindner von der Ortsgruppe Gmunden, die dort sehr aktiv tätig ist und bisher schon viel Erspreßliches geleistet hat. Sowohl ihr Satz: „Ein Verzicht kommt mir nicht in den Sinn“, als auch die mahnenden Worte „Tut etwas“ von Herrn Redakteur Maurer sollen wir uns zu Herzen nehmen. Auch der Familie Brditschka gebührt ein Dank für ihre spontane Entscheidung, bei der Klage mitzumachen, um damit das Recht auf eine Entschädigung für ihr geraubtes Hab und Gut zu verlangen.

Trotz des Beitritts Tschechiens in die EU ist die Sudetenfrage nicht als beendet zu betrachten und es besteht daher kein Anlaß, deswegen zu resignieren, denn wer aufgibt, der hat schon verloren.

Ing. Gustav Pittner, Langenlois

Grenzberichtigung

Die Jahre 1945/46 und die deutsche Tragödie am Ende des Zweiten Weltkrieges nutzte die CSR nicht nur zur Vertreibung und Beraubung der Sudetendeutschen und Ungarn. Die Regierung in Prag forderte auch noch „Grenzberichtigungen“ gegenüber Deutschland und Österreich, wobei diese allerdings nur verschleierte Formen von Gebietsforderungen darstellten. Die Ansprüche wurden 1946 bei der Konferenz der alliierten Außenminister vom tschechoslowakischen Außenminister Jan Masaryk und seinem Staatssekretär Vlado Clementis in schriftlicher Form vorgelegt.

Der CSR sollten der Kreis Ratibor (Oberschlesien) einschließlich der Stadt Cosel mit ihrem Oderhafen, Leobschütz, Glatz sowie die Städte Waldenburg und Hirschberg samt Umgebung angeschlossen werden. Die niederschlesischen Bereiche enthielten das bedeutende Industrie- und Kohlebergbaugebiet um Waldenburg und das touristisch bedeutsame Gebiet von Hirschberg. Damit hätte die Tschechoslowakei das Riesengebirge mit der Schneekoppe in ihren Besitz gebracht.

Aber auch das war noch nicht alles: Auch die Gebiete um Zittau und Hirschfelde wurden beansprucht und zusätzlich die Verlegung der Grenzen zu Sachsen und Bayern von den Gebirgskämmen an den Fuß der Gebirge auf der deutschen Seite verlangt.

Die Begründungen waren geradezu abenteuerlich und erinnern an die Fälschungen des Beneš-Masaryk-Duos auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919. Außer strategischen Gründen führte man „bedeutende tschechische Minderheiten in allen aufgezählten Kreisen“ ins Feld und verwies auf die Zugehörigkeit Schlesiens zu Böhmen vor dem Jahre 1742.

Aus diesen Wünschen wurde jedoch nichts, da die UdSSR und die Angloamerikaner die schlesischen Gebiete unter polnische Verwaltung gestellt hatten und der Zittauer Zipfel Teil der sowjetischen Besatzungszone geworden war.

Der tschechoslowakische Appetit auf altes deutsches Territorium verriet den nationalistischen Größenwahn, dem Beneš und die Prager Regierung in den Nachkriegsjahren verfallen waren. Nur die Ziele, die auch im Interesse Stalins waren, konnte die Tschechoslowakei in den Nachkriegsjahren verwirklichen.
R. Goldmann, D-Düsseldorf

Liebe Leserinnen und Leser!

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Verständnis, daß wir anonyme Leserbriefe nicht abdrucken können.